

BEGRÜNDUNG zum Bebauungsplan DR/HO 67 „Porschestraße“

Inhaltsverzeichnis

Begründung Teil I

1.	Allgemeines.....	1
1.0	Vorbemerkung	1
1.1	Lage des Plangebiets.....	1
1.2	Vorhandene Nutzung, Eigentumsverhältnisse	1
1.3	Ziele der Raumordnung	1
1.4	Entwicklung aus dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept 2020, dem Einzelhandelskonzept und dem Flächennutzungsplan.....	2
2.	Städtebauliche Zielsetzungen	2
3.	Planinhalt	3
3.0	Art und Maß der baulichen Nutzung	3
3.1	Bauweise und überbaubare Grundstücksfläche.....	5
3.2	Erschließung und Grünflächen.....	5
4.	Auswirkungen auf die Umwelt	7
4.0	Schallschutzmaßnahmen	7
4.1	Bodendenkmale und Altlasten	9
4.2	Bäume und Artenschutz	9
5.	Finanzielle Auswirkungen	9
6.	Verfahren	10

Begründung Teil II: Umweltbericht

Anlage zur Begründung: Hildesheimer Liste

1. Allgemeines

1.0 Vorbemerkung

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans DR/HO 67 „Porschestraße“ umfasst den Geltungsbereich des rechtsverbindlichen Bebauungsplans HO 67 „Für das Industriegebiet zwischen Siemensstraße, Autobahn - und Peiner – Kreisbahn – Bundesbahn nach Braunschweig“ (rechtsverbindlich seit 12.01.1967), der rechtsverbindlichen 1. Änderung des Bebauungsplans HO 67 „Stichstraße an der Porschestraße“ (rechtsverbindlich seit 22.10.1970) sowie der 2. Änderung des rechtsverbindlichen Bebauungsplans HO 67 „Für das Gebiet zwischen Auffahrt Bavenstedter Straße/B 6, Industriestammgleis, Autobahn, Bundesbahnstrecke Hildesheim – Braunschweig und B 6“ (rechtsverbindlich seit 16.01.1991) zur Gänze bzw. fast zur Gänze. Diese Bebauungspläne werden mit dem Bebauungsplan DR/HO 67 aufgehoben.

1.1 Lage des Plangebiets

Das Plangebiet befindet sich im nordöstlichen Stadtgebiet. Der Geltungsbereich wird im Osten begrenzt durch die Bundesautobahn 7 und im Süden durch die Flächen der Bundesbahnstrecke. Im Norden bildet das ehemalige Industriestammgleis die Grenze des Geltungsbereichs und im Osten durch die Siemensstraße sowie der inbegriffene südliche Teil der Borsigstraße.

1.2 Vorhandene Nutzung, Eigentumsverhältnisse

Die Fläche des Regenrückhaltebeckens an der Autobahn ausgenommen ist das Plangebiet bereits vollständig bebaut. Die Flächen werden industriell und gewerblich genutzt. Die Grundstücke sind überwiegend in Privatbesitz. Einige Grundstücke sind im Besitz der Energieversorgung Hildesheim (EVI). Auf einem dieser Grundstücke befindet sich eine Trafostation. Die Straßenverkehrsflächen sind bereits vorhanden und stehen im Eigentum der Stadt Hildesheim. Die Grünflächen unmittelbar angrenzend an die Bundesautobahn 7 sind im Besitz des Bundes.

1.3 Ziele der Raumordnung

Regionales Raumordnungsprogramm 2001 (RROP)

Im Regionalen Raumordnungsprogramm 2001 (RROP) des Landkreises Hildesheim ist die Stadt Hildesheim als „Oberzentrum“ festgelegt und hat diese Aufgabe wahrzunehmen.

Durch eine vorsorgende Bauleitplanung sollen nach RROP u. A. die Voraussetzungen für eine langfristige wettbewerbsneutrale Sicherung bzw. Wiederherstellung ausgeglichener Versorgungsstrukturen geschaffen werden. Hierzu sollen bestehende Bebauungspläne an geltendes Recht angepasst werden. Einzelhandelsgroßprojekte mit zentrenrelevanten Sortimenten sollen nur an städtebaulich integrierten Standorten zulässig sein.

Die in Aussicht genommene Ausweisung von Flächen für Industriegebiete im Plangebiet entspricht den Zielvorgaben des RROP, dem Bestand sowie den konzeptionellen Zielen der Stadt Hildesheim. Die lokale Wirtschaftsstruktur wird gestützt bzw. weiterentwickelt.

Die Ziele der Raumordnung und Landesplanung stehen den geplanten Festsetzungen des Bebauungsplans DR/HO 67 somit nicht entgegen.

1.4 Entwicklung aus dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept 2020, dem Einzelhandelskonzept und dem Flächennutzungsplan

Im integrierten Stadtentwicklungskonzept 2020 der Stadt Hildesheim sind Entwicklungsleitlinien formuliert. Ein Ziel stellt die Konzentration auf eine verstärkte Innenentwicklung dar. Auch „100 plus“ ist als ein Ziel formuliert. Damit ist der Anspruch verbunden, die Einwohnerzahl dieser Stadt auf über 100.000 zu halten und Bürgerinnen und Bürger für diese Stadt neu zu gewinnen, insbesondere zur Erhaltung, Sicherung und Stärkung der vorhandenen Infrastrukturangebote der Stadt. Dies geht u. A. einher mit dem Ziel Hildesheim als Wirtschaftsstandort zu profilieren. Ein weiteres Ziel stellt die Belebung der Innenstadt dar. Dieser Fokus auf die Innenstadt kann u. A. durch den Ausschluss von Einzelhandel in den Gewerbe- und Industriegebieten sowie die Festsetzung von Sondergebieten für Einzelhandel befördert werden.

Durch die Festsetzungen in diesem Bebauungsplan soll den Zielsetzungen des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts 2020 sowie der Einzelhandelskonzeption der Stadt Hildesheim nachgekommen werden.

Im derzeit rechtswirksamen Flächennutzungsplan 2020 sind die Flächen innerhalb des Geltungsbereichs als „gewerbliche Bauflächen“ und die Fläche, in der sich das Regenrückhaltebecken befindet, an der Autobahn als Grünfläche dargestellt. Mit den Festsetzungen von Industriegebieten und öffentlicher Grünfläche wird dem Entwicklungsgebot gemäß § 8 Abs. 2 BauGB entsprochen.

2. Städtebauliche Zielsetzungen

Anlass

Im Zuge der Neuauufstellung des Flächennutzungsplans Hildesheim 2020 ist die Märkte- und Zentrenkonzeption der Stadt Hildesheim aus dem Jahr 1994 aktualisiert worden. Die neue Märkte- und Zentrenkonzeption (Einzelhandelskonzept) wurde vom Rat der Stadt Hildesheim am 15.12.2008 beschlossen. Sie hat die Steuerung der Einzelhandels- und Dienstleistungsentwicklung bzw. -ansiedlung zum Ziel. Im Rahmen der neuen Konzeption wurden die zentralen Versorgungsbereiche sowie Sondergebiete und Einzelstandorte des großflächigen Einzelhandels außerhalb der Innenstadt dargestellt und es wurde eine neue Hildesheimer Liste der zentrenrelevanten und nahversorgungsrelevanten Einzelhandelssortimente (vgl. Anhang zur Begründung) verabschiedet. Um diese Zielvorstellungen rechtswirksam umsetzen zu können, sind Änderungen bestehender Bebauungspläne im Stadtgebiet erforderlich. In diesem Zusammenhang ist es geboten auch die bestehenden Bebauungspläne für den Bereich Porschestraße zu überarbeiten.

Durch den Bebauungsplan DR/HO 67 werden i. W. 3 rechtsverbindliche Bebauungspläne überdeckt bzw. fast vollständig überdeckt (vgl. Kapitel 1.0). Diese Bebauungspläne werden im Zuge der Aufstellung des Bebauungsplans DR/HO 67 aufgehoben. Es handelt sich hierbei um die Urfassung des Bebauungsplans HO 67 sowie dessen 2. Änderung (textlicher Bebauungsplan). Diese beiden Pläne regulieren Art und Maß der baulichen Nutzung und die 2. Änderung beinhaltet einen Sortimentsausschluss entsprechend des ehemaligen Einzelhandelskonzepts. Bei der 1. Änderung des Bebauungsplans HO 67 handelt es sich um einen Bebauungsplan, der den Straßenzug der Stichstraße im Bereich Porschestraße festsetzt. Es gibt kleinere Teilbereiche der Urfassung sowie der 2. Änderung des Bebauungsplans HO 67, die vom Bebauungsplan DR/HO 67 nicht überdeckt werden, jedoch trotzdem aufgehoben werden sollen, da es unnötig ist diese kleinen Teilbereiche der bisher rechtsverbindlichen Bebauungspläne bestehen zu lassen. Bei den entsprechenden Flächen handelt es sich beispielsweise um kleine Ausbuchtungen der Bebauungsplangeltungsbereiche im Bereich von Verkehrsflächen oder Teilbereiche der Bundesbahnflächen.

Insgesamt umfasst der Geltungsbereich des Bebauungsplans DR/HO 67 eine Fläche von knapp 19,4 Hektar.

Ziel und Zweck

Ziel und Zweck des Bebauungsplans ist die Aktualisierung der Festsetzungen bezüglich der Zielaussagen der neuen Einzelhandelskonzeption sowie die Konkretisierung und Regulierung von Art und Maß der baulichen Nutzung.

Entsprechend der Festsetzungen der bislang geltenden Bebauungspläne und unter Berücksichtigung des Bestandes sowie entsprechend der neuen Einzelhandelskonzeption sollen die überwiegenden Flächen im Plangebiet als Industriegebiet festgesetzt werden und die, an die Bundesautobahn 7 angrenzende Fläche soll als öffentlichen Grünfläche sowie das Regenrückhaltebecken festgesetzt werden.

Verlässliche Aussagen zu Entwicklungsflächen und Standorten sind für Immobilienbesitzer und aus Betreibersicht notwendig, um Unternehmen betriebswirtschaftlich sinnvoll führen zu können. Der Bebauungsplan soll hier Planungs- und Investitionssicherheit schaffen. Entsprechend der Einzelhandelskonzeption ist es hier primär das Ziel Einzelhandel in den Industriegebieten auszuschließen. Industrieflächen sollen insbesondere für produzierende Betriebe, Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe gesichert werden. Bestehende Betriebe genießen Bestandsschutz.

3. Planinhalt

3.0 Art und Maß der baulichen Nutzung

Dem Ziel der Planung folgend werden Industriegebiete gemäß § 9 Baunutzungsverordnung festgesetzt.

Art der baulichen Nutzung: Industriegebiete *(Ziffer 1 der textlichen Festsetzungen)*

Entsprechend den verfolgten Zielsetzungen wird gemäß § 1 Abs. 9 BauNVO Einzelhandel in den Industriegebieten ausgeschlossen, sofern er nicht im Zusammenhang mit der Produktion, der Ver- und Bearbeitung von Gütern einschließlich Reparatur-, Dienst- und Serviceleistungen der Betriebsstätte steht und dieser vom Umfang her untergeordnet sind. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass nachteilige städtebauliche Auswirkungen auf zentrale Versorgungsbereiche der Stadt vermieden werden. Mit diesem Ausschluss werden – entsprechend des Einzelhandelskonzepts - auch kleinere Einzelhandelsbetriebe der betreffenden Branchen erfasst, da in der näheren Umgebung keine Wohnnutzung vorhanden ist, zu deren Versorgung sogenannte Nachbarschaftsläden dienen könnten. Diese Festsetzung entspricht auch dem Entwicklungsziel die Sicherung von Standorten für Gewerbe- und Industriebetriebe zu fördern. Nutzungen wie beispielsweise Autohäuser sollen in den Industriegebieten zulässig sein und werden mit dieser Festsetzung nicht ausgeschlossen.

Spielhallen und artverwandte Vergnügungsstätten haben strukturverändernde Auswirkungen, insbesondere auch aufgrund ihres städtebaulichen Erscheinungsbildes. Standortagglomerationen von Spielhallen können negative Auswirkungen (trading-down-effect) bis hin zum Funktionsverlust nach sich ziehen. In der Umgebung des Plangebiets hat sich in den letzten Jahren bereits eine Spielhallenkonzentration herausgebildet. Zudem hat sich die Anzahl der Geldspielgeräte innerhalb der Spielhallenkomplexe nach der Änderung der Spielverordnung 2006 erhöht. Im Plangebiet selbst existieren bereits Spielhallen, jedoch bislang keine Häufung. Der Entwicklung der Vergrößerung und Häufung von Spielhallen gilt es im Plangebiet vorbeugend durch planerische Gegenmaßnahmen entgegen zu wirken. Mit diesem Bebauungsplan erfolgt eine Begrenzung der Gewerbebetriebe des Spielhallensektors und artverwandter Vergnügungsstätten bzw. eine Einschränkung der Nutzung von Spielhallenbetrieben in den Industriegebieten, sodass hier nur Spielhallen oder Spielhallenkomplexe von maximal 2 Spielhallen entstehen können, die aufgrund ihrer Art und Größe „atypisch“ sind, also wegen ihrer geringen Nutzfläche und ihres kleinen Einzugsbereichs nicht dem Typus der Vergnügungsstätte, wie er für Einrichtungen in Kerngebieten

kennzeichnend ist, entspricht. Die Eigenart der Industriegebiete im Plangebiet könnte durch eine Häufung von Spielhallen gefährdet sein, mit dem Ergebnis, dass von einer bestimmten Zahl oder Dichte an der Gebietscharakter oder auch das städtebauliche Erscheinungsbild des Straßenraumes „umkippt“. Bei kerngebietstypischen Spielhallen oder Spielhallenkomplexen von 3 oder mehr Spielhallen sind negative Auswirkungen auf die gewerblich genutzte Umgebung anzunehmen. Wenn derartige kerngebietstypische Spielhallen sich dann auch noch häufen, ist auch ein Absinken des Niveaus (trading-down-Effekte) sowie insbesondere auch Auswirkungen im Hinblick auf den östlich des Plangebiets befindlichen Sondergebietsbereich „Großflächiger Einzelhandel“ zu befürchten. Bei Spielhallen bis zu einer Spielnutzfläche von maximal 105 m², in denen dann gemäß der Spielverordnung maximal 8 Geldspielgeräte (je 12 Quadratmeter Grundfläche darf höchstens ein Geld- oder Warenspielgerät aufgestellt werden) aufgestellt werden können (vgl. § 3 SpielV in der Neufassung vom 27. Januar 2006 [BGBl. I 2006 Nr. 6, S. 280]), und wenn maximal 2 Spielhallen räumlich unmittelbar aneinander angrenzend oder innerhalb eines Gebäudes errichtet werden können (Spielhallenkomplex), ist der Störgrad für die Umgebung noch als verträglich anzunehmen. Bei der Berechnung der Spielnutzfläche bleiben Nebenräume wie Abstellräume, Flure, Toiletten, Vorräume und Treppen außer Ansatz.

Eine Spielhalle im Sinne dieses Bebauungsplans ist ein Unternehmen oder Teil eines Unternehmens, das ausschließlich oder überwiegend der Aufstellung von Spielgeräten oder der Veranstaltung anderer Spiele im Sinne des § 33 c Abs. 1 Satz 1 oder des § 33 d Abs. 1 Satz 1 der Gewerbeordnung in der Fassung vom 22.2.1999 (BGBl. I S. 202; zuletzt geändert durch Art. 4 Abs. 14 des Gesetzes vom 29.07.2009 BGBl. I S. 2258) dient. Dabei findet die Aufstellung der Geräte im räumlichen Verbund oder engem räumlichen Zusammenhang statt.

Entsprechend der Entwicklungsziele werden einzelne Nutzungsarten ausgeschlossen um die eigentliche Zweckbestimmung der Baugebiete zu fördern.

Maß der baulichen Nutzung

Die Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzung orientieren sich an der vorhandenen Bebauung im Plangebiet sowie an den in anderen Gewerbe- und Industriegebieten im Stadtgebiet überwiegend angelegten Maßstäben.

Eine städtebauliche Einheit wird in den Industriegebieten überwiegend durch Festsetzung der maximal höchstzulässigen Zahl von zwei Vollgeschossen, einer Grundflächenzahl von 0,8 und einer Geschossflächenzahl von 1,8 sowie der maximalen Höhe baulicher Anlagen von ca. 14 bis 15 Metern über Geländeniveau erreicht. Lediglich in dem Industriegebiet nördlich der Bavenstedter Straße weicht das festgesetzte Maß der baulichen Nutzung hiervon ab, es ist mit maximal drei Vollgeschossen, einer Grundflächenzahl von 0,8 und einer Geschossflächenzahl von 2,0 etwas höher.

Das festgesetzte Maß der baulichen Nutzung in den Industriegebieten bleibt unter den Höchstwerten des § 17 BauNVO, da die Festsetzungen sich am Bestand orientieren und die Festsetzung eines höheren Maßes der baulichen Nutzung hier nicht notwendig und im Hinblick auf eine städtebauliche Einheit auch nicht gewünscht ist.

Das Geländere Relief im Geltungsbereich des Bebauungsplans ist abgesehen von punktuellen Erhöhungen oder Vertiefungen innerhalb des Geltungsbereichs annähernd eben. Die Höhenlage beträgt ca. 90,0 m über NN.

Die im Bebauungsplan festgesetzten Höhen baulicher Anlagen beziehen sich auf die Höhe über NN der obersten Gebäudekante (Attika, First) und gelten auch für Werbeanlagen. Die Festsetzung der maximalen Höhe über NN der baulichen Anlagen erfolgt auch, um eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes durch das Gewerbegebiet zu begrenzen. Die festgesetzte maximale Höhe von maximal rd. 15 m entspricht auch den Festsetzungen in anderen Hildesheimer Gewerbegebieten.

Innerhalb des Schutzstreifens für die oberirdisch geführte Versorgungsanlage, hier: 110 KV Leitung, ist die Höhe von baulichen Anlagen, analog zu den Festsetzungen in angrenzenden Bebauungsplänen und in Abstimmung mit dem Netzbetreiber auf 10 m über vorhandenem Gelände beschränkt. Bauvorhaben innerhalb des Schutzstreifens sind mit dem Netzbetreiber, hier: EON Netz GmbH, abzustimmen. Die Sicherheitsabstände gemäß DIN EN 50341-1 sind einzuhalten.

Bei der Ermittlung der zulässigen Geschossfläche sind gemäß § 20 Abs.3 Satz 2 BauNVO die Flächen von Aufenthaltsräumen in anderen Geschossen einschließlich der zu ihnen gehörenden Treppenträume und einschließlich ihrer Umfassungswände mitzurechnen. Nicht auf die zulässige Geschossfläche anzurechnen ist die Fläche von Garagengeschossen und die Fläche von Stellplätzen und Garagen in Vollgeschossen.

3.1 Bauweise und überbaubare Grundstücksfläche

Für die Industriegebiete wird entsprechend der vorhandenen Bebauung sowie der Ausrichtung der Gebiete die „abweichende Bauweise“ festgesetzt. Die „abweichende Bauweise“ entspricht der „offenen Bauweise“ gemäß § 22 Abs. 2 BauNVO bis auf die Gebäudelänge, die hier gemäß § 22 Abs. 4 BauNVO keiner Beschränkung unterliegt.

Die Anordnung der überbaubaren Grundstücksflächen im Bebauungsplan DR/HO 67 folgt i. W. dem Bestand sowie den bislang gültigen Bebauungsplänen. Die überbaubaren Grundstücksflächen werden überall durch Baugrenzen festgesetzt. Die Baugrenzen werden so festgesetzt, dass zu den öffentlichen Verkehrsflächen ausreichend breite Flächen für eine Begrünung freigehalten werden, eine städtebaulich hinreichende Gestaltung und landschaftsgerechte Einbindung erreicht und gleichzeitig die nötige Flexibilität für die Bebauung gewährleistet wird. Zudem sind bei der Festsetzung der Baugrenzen die Anbauverbotszone der Bundesautobahn 7 sowie die notwendigen Schutzabstände zu Leitungen bzw. zu einem verrohrten Graben berücksichtigt worden.

Damit die nicht überbaubaren Grundstücksflächen auch tatsächlich von Bebauung frei bleiben, werden Garagen, Carports und Nebenanlagen im Sinne des § 14 Abs.1 nur auf den überbaubaren Grundstücksflächen gemäß § 23 Abs. 5 BauNVO zugelassen. Einfriedungen zählen nicht zu Nebenanlagen im Sinne dieser Vorschrift.

3.2 Erschließung und Grünflächen

Verkehr

Die Industriegebiete sind für den KFZ-Verkehr über die Porschestraße, die Siemensstraße und die Bavenstedter Straße an das örtliche und überörtliche Straßennetz angebunden. Somit wird die verkehrliche Erschließung des Plangebiets durch die vorhandenen Straßen sichergestellt.

Die im Bestand bereits vorhandenen Verkehrsflächen werden im Bebauungsplan zur Sicherstellung einer geordneten Erschließung gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB als Straßenverkehrsfläche festgesetzt.

Es handelt sich um bereits bebaute Gebiete. Durch diesen Bebauungsplan und die in diesem Bebauungsplan getroffenen Festsetzungen ist keine Erhöhung der Verkehre zu erwarten. Die vorhandenen Straßen sind ausreichend dimensioniert, um den Verkehr aus dem Plangebiet geordnet abzuleiten.

Für den öffentlichen ruhenden Verkehr bestehen z.T. Parkmöglichkeiten innerhalb der ausreichend dimensionierten Straßenräume. Für den privaten ruhenden Verkehr sind Einstellplätze auf den Baugrundstücken gemäß § 47 NBauO zu schaffen.

Innerhalb des Plangebietes verkehrt die Buslinie 7 (Stadtverkehr Hildesheim GmbH) – Haltestellen Bavenstedter Straße, Porschestraße - wochentags in den Morgenstunden sowie in

der Nachmittagszeit halbstündlich ansonsten stündlich und sonnabends zwischen 9:00 Uhr und 17:00 Uhr stündlich.

Kommunikationsversorgung, Strom- und Gasversorgung

Das Plangebiet ist bereits an das Kommunikationsnetz der Deutschen Telekom angeschlossen. Die Leitungen liegen in den öffentlichen Verkehrsflächen.

Träger der Strom- und Gasversorgung ist die Energieversorgung Hildesheim (EVI) GmbH & Co. KG.

Innerhalb des Plangebiets existieren mehrere Flächen, die im Eigentum der EVI stehen. Auf einer dieser Flächen befindet sich eine Trafostation. Die Flächen sind im Bebauungsplan als Flächen für Versorgungsanlagen mit den entsprechenden Zweckbestimmungen – soweit bekannt - festgesetzt. Darüberhinaus existieren innerhalb des Plangebiets noch einige Trafostationen auf privaten Grundstücken.

Trinkwasser- und Löschwasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Regenrückhaltung und Grünflächen, Leitungsrechte zugunsten der Ver- und Entsorgungsträger

Träger der Trinkwasserversorgung ist die Energieversorgung Hildesheim (EVI) GmbH & Co. KG.

Die Löschwasserversorgung des Plangebiets erfolgt durch Anschluss an die örtlichen Leitungsnetze. Sofern das aus dem Leitungsnetz zu entnehmende Löschwasser nicht der erforderlichen Menge entspricht, ist seitens des Bauherrn zu gewährleisten, dass eine ausreichende Löschwassermenge zur Verfügung steht. Eventuell sind zusätzlich unabhängige Löschwasserentnahmestellen in Form von Bohrbrunnen, Zisternen oder ähnliche Entnahmestellen anzulegen.

Im Osten des Plangebietes ist eine im Eigentum des Stadt Hildesheim stehende Fläche gelegen, innerhalb der sich ein Regenrückhaltebecken befindet. Diese Fläche sowie die östlich angrenzende Fläche hin zur Autobahn, die im Besitz des Bundes steht sind im Bebauungsplan entsprechend als Fläche öffentliche Grünflächen sowie das Regenrückhaltebecken als solches festgesetzt.

Entlang des südlichen Randes des Geltungsbereichs verläuft ein nicht gesondert als solcher festgesetzter (Entwässerungs-) Graben innerhalb einer als öffentliche Grünfläche festgesetzten Fläche. Entlang des Grabens verläuft ein Fuß und Radweg, der im Bebauungsplan ebenfalls nicht gesondert festgesetzt wird, da er innerhalb der öffentlichen Grünfläche zulässig ist. Diese Wegeverbindung soll erhalten bleiben.

Von dem Regenrückhaltebecken aus Richtung Norden verläuft der in diesem Bereich verrohrte Graben Nummer 34, der der Entwässerung dient, innerhalb eines im städtischen Grundbesitz befindlichen Flurstücks. In diesem Bereich ist ein Leitungsrecht festgesetzt. Die Fläche innerhalb der der Graben verläuft befindet sich außerhalb der überbaubaren Flächen, um zu gewährleisten, dass der Bereich in dem der Graben verläuft von dauerhafter Bebauung freigehalten wird und das bei notwendigen Arbeiten am verrohrten Graben auf diesen zugegriffen werden kann. Der betreffende Bereich wird gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB als „mit Leitungsrechten zu belastende Flächen“ zugunsten der Ver- und Entsorgungsträger festgesetzt.

Die technische Ver- und Entsorgung der Flächen im Plangebiet erfolgt durch den bereits bestehenden Anschluss an die örtlichen Leitungsnetze. Die vorhandenen Ver- und Entsorgungsleitungen liegen überwiegend innerhalb der öffentlichen Verkehrsflächen. An zwei Stellen im Plangebiet schneiden sie jedoch Privatgrundstücke, sodass sie einen kurzen Streckenabschnitt über Privateigentum verlaufen. Für diese beiden Fälle sind die Leitungen sowie die notwendigen Schutzabstände zu diesen im Bebauungsplan langfristig zu sichern. Deshalb werden diese Flächen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB als „mit Leitungsrechten zu belastende Flächen“ zugunsten der Ver- und Entsorgungsträger festgesetzt. Da diese Flächen

nicht mit Hochbauten überbaut werden dürfen, sind in den betreffenden Bereichen die Baugrenzen zurückgenommen worden.

Abfallentsorgung

Die Abfallentsorgung erfolgt durch den Zweckverband Abfallwirtschaft Hildesheim (ZAH) im Rahmen der Abfallbeseitigungssatzung. Die Eigentümer der Grundstücke, die nicht direkt an eine öffentliche Straße angrenzen, sind verpflichtet, ihre Entsorgungsbehältnisse (z.B. Abfallbehälter, DSD Säcke etc.) und Entsorgungsgüter (z.B. Sperrgut, etc.) am nächstgelegenen, befahrbaren Straßenrand abzustellen.

4. Auswirkungen auf die Umwelt

Das Plangebiet ist zur Gänze bebaut, wird gewerblich sowie industriell genutzt und die Flächen sind bereits zu einem hohen Prozentsatz versiegelt.

Die Straßenverkehrsflächen sowie die Flächen für Versorgungsanlagen sind ebenfalls bereits vorhanden und werden bereits in der in diesem Bebauungsplan festgesetzten Art und Weise genutzt. Die festgesetzte Fläche für Versorgungsanlagen an der Porschestraße4 befindet sich im Eigentum der Energieversorgung Hildesheim (EVI) GmbH & Co. KG, ist jedoch bislang nicht mit einer Station bebaut. In Absprache mit der EVI soll diese Fläche jedoch weiterhin als Fläche für Versorgungsanlagen vorgehalten werden. Es wurde keine Zweckbestimmung festgesetzt, da diese nicht fest steht.

Das Plangebiet ist durch Verkehrslärm u. A. durch die östlich angrenzende Bundesautobahn 7 sowie die südlich angrenzende Bundesbahnstrecke vorbelastet.

Nach der Neufassung des Gesetzes zur Anpassung des Baugesetzbuches an EU-Richtlinien (Europarechtsanpassungsgesetz Bau – EAG Bau) ist gemäß § 2 a neben den Zielen, Zwecken und Auswirkungen des Bauleitplans auch ein Umweltbericht mit Umweltprüfung der nach § 2 Abs. 4 BauGB ermittelten und bewerteten Belange des Umweltschutzes als ein gesonderter Teil der Begründung beizufügen. Zu diesem Bebauungsplan wurde ein Umweltbericht vom Büro FLU Planungsgemeinschaft GbR, Freiraum Landschaft Umwelt in Delligsen erstellt, der als Teil II Bestandteil dieser Begründung ist und der eine ausführliche Beschreibung und Bewertung von Natur und Landschaft liefert.

Dieser Umweltbericht kommt zusammenfassend zu dem Ergebnis, dass aufgrund der bestehenden gewerblichen und industriellen Nutzung im Plangebiet, bestehender verkehrsbedingter Beeinträchtigungen, auch durch die Autobahn und die südlich an das Plangebiet angrenzende Bahnstrecke, sowie einen sehr hohen Anteil versiegelter Flächen im Gebiet die möglichen Beeinträchtigungen durch die Umsetzung des B-Plans DR/HO 67 „Porschestraße“ eher gering sind. Kompensationspflichtige Beeinträchtigungen werden nicht ausgelöst.

4.0 Schallschutzmaßnahmen

Zu diesem Bebauungsplan wurde ein schalltechnisches Gutachten von der TÜV Nord Umweltschutz GmbH & Co KG erstellt. Dies ist ein notwendiger Schritt im Rahmen dieses Bebauungsplanverfahrens. Im vorliegenden Fall liegt die Besonderheit darin, dass das Plangebiet bereits vollständig bebaut ist.

Das Plangebiet grenzt westlich an die Bundesautobahn 7 und südlich an eine Bundesbahnstrecke an. Innerhalb des Plangebiets befindet sich die vielbefahrene Bavenstedter Straße. Das schalltechnische Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass es unter Berücksichtigung der gewachsenen Gemengelage und der Vorbelastung für tolerabel gehalten wird, wenn die plangegebene Gesamtbelastung an den umliegenden Wohnnutzungen (WR/WA) eine Überschreitung der Orientierungswerte ergibt. Die Pflicht zur gegenseitigen Rücksichtnahme ist hierbei zu beachten.

Im Bebauungsplan sind Schall-Emissionskontingente festgesetzt. Diese Emissionskontingente dienen zur Kontingentierung und Begrenzung der zulässigen Geräuschemissionen im Plangebiet mit dem Ziel, dass an der betroffenen schutzwürdigen Nachbarschaft die dort anzustrebenden Gesamt-Immissionswerte auch unter Berücksichtigung der Geräusch-Vorbelastung durch die Nutzung der sonstigen vorhandenen, gewerblich und industriell genutzten Flächen eingehalten werden.

Das Plangebiet ist entsprechend § 1 Absatz 4 Satz 1 Nr. 2 der BauNVO hinsichtlich der schalltechnischen Bedürfnisse und Eigenschaften basierend auf den Ergebnissen des schalltechnischen Gutachtens gegliedert. Im Bebauungsplan ist daher festgesetzt, dass in den Industriegebieten nur Anlagen und Einrichtungen errichtet und betrieben werden dürfen, die die folgenden Schall-Emissionskontingente nicht überschreiten:

Industriegebiet (GI) tagsüber 63 dB(A)/m² nachts 46 dB(A)/m²

Die Tageszeit bezieht sich auf den Zeitraum von 16 Stunden (üblicherweise von 06:00 bis 22:00 Uhr), die Nachtzeit auf 8 Stunden (üblicherweise von 22:00 bis 06:00 Uhr). Berechnung und Anwendung des Emissionskontingents müssen nach den Vorgaben der DIN 45691 „Geräuschkontingentierung“, Ausgabe 12/2006 erfolgen.

Die angegebenen Schall-Emissionskontingente L_{EK} wurden auf der Grundlage der DIN 45691 „Geräuschkontingentierung“, Ausgabe Dezember 2006, bestimmt. Die DIN 45691 ist zu beziehen über die Beuth Verlag GmbH, 10772 Berlin.

Die anteiligen Immissionskontingente L_{IK} einer Teilfläche werden wie folgt berechnet:

$$L_{IK} = L_{EK} - 10 \log (4 \pi s_m^2 / 1 \text{ m}^2) + 10 \log S / 1 \text{ m}^2 \quad (1)$$

L_{EK} = Schall-Emissionskontingent in dB
 s_m = horizontaler Abstand zwischen dem Mittelpunkt der Teilfläche und dem Immissionsort in m
 S = Größe der Teilfläche in m²

Bei dieser Berechnung ist zu beachten, dass die jeweilige Teilfläche in ausreichend kleine Flächenelemente unterteilt wird, so dass in jedem Fall die Ausdehnung eines Elements nicht größer ist als 0,5 s_m .

Die Einhaltung der Schall-Emissionskontingente ist im Einzelfall für jeden Betrieb im Plangebiet wie folgt nachzuweisen: Anhand der jeweiligen gesamten Betriebsfläche - ohne ggf. festgesetzte Grünflächen und/oder Flächen mit Pflanzgebot von Bäumen und Sträuchern - und der festgesetzten Schall-Emissionskontingente L_{EK} für diese Fläche wird zunächst das für diesen Betrieb anzusetzende Immissionskontingent L_{IK} an allen maßgeblichen Immissionsorten nach Gleichung 1 berechnet. Die Schallausbreitungsrechnungen sind für eine Emissionshöhe von 5 m auf der Basis der Mittenfrequenz 500 Hz vorzunehmen.

Ein Vorhaben ist dann schalltechnisch zulässig, wenn die nach TA Lärm unter Berücksichtigung der Schallausbreitungsverhältnisse zum Zeitpunkt der Genehmigung berechneten Beurteilungspegel L_r der vom Vorhaben hervorgerufenen Geräuschimmissionen an allen maßgeblichen Immissionsorten diese Immissionskontingente einhalten.

Die Betriebstätigkeit der bereits ansässigen Betriebe soll durch die festgesetzten Schall-Emissionskontingente nicht beeinträchtigt werden. In Anbetracht der Tatsache, dass das Plangebiet bereits vollständig bebaut ist und um den Betrieben den notwendigen Spielraum zu geben, ist im Bebauungsplan zudem festgesetzt, dass ein Vorhaben auch dann die schalltechnischen Festsetzungen des Bebauungsplanes erfüllt, wenn der Beurteilungspegel L_r den Immissionsrichtwert nach TA Lärm um mindestens 15 dB unterschreitet (Relevanzgrenze). Umverteilungen der Schall-Emissionskontingente zwischen den Teilflächen können vorgenommen werden, bedürfen aber des schalltechnischen Nachweises, dass dadurch keine Verschlechterung der Immissionssituation eintritt. Bei bereits teilweise oder ganz bebauten Flächen werden die flächenbezogenen Schall-Emissionskontingente nur bei Sanierung, wesentlichen Änderungen oder Neuerrichtungen herangezogen.

Für betriebsgebundenes Wohnen, Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsgebäude in den festgesetzten Industriegebieten wird die Pflicht zum schalltechnischen Selbstschutz auferlegt. Dazu ist im Baugenehmigungsverfahren nachzuweisen, dass die entsprechenden Anforderungen innerhalb der Gebäude durch geeignete bauliche Maßnahmen gewährleistet sind.

Durch die im Bebauungsplan getroffenen Schallschutzfestsetzungen können gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse sichergestellt werden.

4.1 Bodendenkmale und Altlasten

Bodendenkmale

Im Umfeld des Geltungsbereichs des Bebauungsplans sind archäologische Fundstellen nicht bekannt und das Gelände ist bereits stark anthropogen überformt.

Bei Auftreten archäologischer Bodenfunde sind Erdarbeiten von geeignetem archäologischem Fachpersonal zu begleiten. Hierbei entstehende Kosten sind durch den Verursacher zu tragen.

Altlasten

Rund 90% der Grundstücksflächen innerhalb des Geltungsbereichs wird aufgrund der früheren und jetzigen Nutzungen im Altlastenkataster der Stadt Hildesheim als Verdachtsflächen geführt. Schädliche Bodenveränderungen sind derzeit nicht bekannt, können jedoch nicht ausgeschlossen werden.

Bei organoleptischen Auffälligkeiten im Rahmen von Bautätigkeiten innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans DR/HO 67 ist die Untere Bodenschutzbehörde der Stadt Hildesheim zu kontaktieren.

4.2 Bäume und Artenschutz

Im Plangebiet befinden sich Bäume, die über die „Satzung zum Schutz von schützenswerten Landschaftsbestandteilen in der Stadt Hildesheim“ in der Fassung vom 16.12.2002 (Amtsblatt des Landkreises vom 29.01.2003, S. 87, in Kraft seit 13.02.2003) geschützt sind. Geschützt sind u. A. Laubbäume (außer Birken, Kastanien, Pappeln) sowie Schwarzkiefern und Lärchen mit einem Stammumfang ab 150 cm sowie Eiben, Rotdorn und Stechpalmen ab einem Stammumfang von 60 cm. Obstbäume in Haus- und Kleingärten sind nicht geschützt außer Walnussbäumen, Esskastanien u. Baumhasel. Es gelten die Verbote des § 3 der v.g. Satzung. Von den Verboten und Geboten dieser Satzung kann im Einzelfall auf Antrag Befreiung erteilt werden.

Um eine Durchgrünung des Gewerbegebietes zu gewährleisten ist innerhalb der Baugebiete je angefangene 1000 m² Grundstücksfläche mindestens ein mittelhoch- oder hochwüchsiger standortgerechter, heimischer Laubbaum zu pflanzen, dauerhaft zu erhalten und bei Abgang zu ersetzen. Im Stammbereich der Bäume müssen jeweils mindestens 9 m² unversiegelt sein und vor Bodenverdichtung geschützt werden. (Ziffer 11 der textlichen Festsetzungen)

Gehölze dürfen gemäß §§ 39 und 44 BNatSchG nur außerhalb des Zeitraums vom 1. März bis 30. September beseitigt werden. Müssen Gehölze beseitigt werden, so ist zuvor zu prüfen, ob diese aktuell als Brutplatz für einheimische Vogelarten dienen. Wenn dies der Fall ist, dann muss die Beseitigung auf einen Zeitraum verschoben werden, in dem eine Störung ausgeschlossen ist. Ein entsprechender Hinweis ist in den Bebauungsplan aufgenommen.

5. Finanzielle Auswirkungen

Durch die Planung werden keine Bautätigkeiten oder Investitionen der Stadt Hildesheim ausgelöst. Der Stadt entstehen somit keine Kosten in Folge dieser Bebauungsplanung.

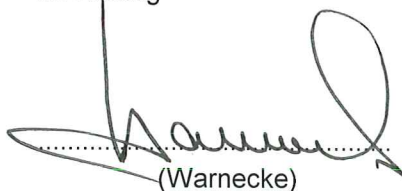
6. Verfahren

Aufstellungsbeschluss (§ 2 Abs. 1 BauGB)	31.08.2009
Frühzeitige Behördenbeteiligung (§ 4 Abs. 1 BauGB)	15.09.2009 - 22.10.2009
Unterrichtung und Erörterung (§ 3 Abs. 1 BauGB)	07.09.2009 - 02.10.2009
Beteiligung der Behörden (§ 4 Abs. 2 BauGB)	27.06.2011 - 01.08.2011
Öffentliche Auslegung (§ 3 Abs. 2 BauGB)	05.07.2011 - 08.08.2011

Diese Begründung wurde ausgearbeitet vom Fachbereich Stadtplanung und Stadtentwicklung der Stadt Hildesheim.

Hildesheim, den 15.08.2011

Im Auftrag



(Warnecke)

Der Rat der Stadt Hildesheim hat in seiner Sitzung am 05.09.2011 diese Begründung zum Bebauungsplan DR/HO 67 „Porschestraße“ beschlossen.

Hildesheim, den 06.09.2011



(Machens)
Oberbürgermeister



Umweltbericht

gemäß § 2 und § 2a BauGB

zum Bebauungsplan

DR/HO 67
“Porschestraße”

Auftraggeber:



Stadt Hildesheim
FB 61 Stadtplanung und Stadtentwicklung
Markt 3
31134 Hildesheim

Auftragnehmer:



FLU Planungsgemeinschaft GbR
Freiraum Landschaft Umwelt
Rotestraße 15
31073 Delligsen

Tel. 05187-75 99 75
Fax: 05187-75 99 74
info@flu-planung.de

www.flu-planung.de

Bearbeitung:

Erfassung und Kartierung:

Daniel Schneider, Dipl.-Ing. (FH) Landschaftsarchitektur
Birgit Feichtinger, Dipl.-Ing. (FH) Landespflege
Kevin Schulz, Dipl.-Ing. (FH) Landschaftsarchitektur
Daniel Schneider, Dipl.-Ing. (FH) Landschaftsarchitektur

Delligsen, den 17.05.2011

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	3
1.1	Beschreibung und Darstellung des Bedarfs an Grund und Boden.	3
1.2	Rechtliche und planerische Rahmenbedingungen	4
1.2.1	Darstellung der durch relevante Fachgesetze vorgegebenen Anforderungen und Ziele des Umweltschutzes	4
1.2.2	Darstellung der Umweltschutzziele in den planungsrelevanten Fachplänen	5
2	Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen	6
2.1	Bestandsaufnahme der einschlägigen Aspekte (Schutzgüter) des derzeitigen Umweltzustands, einschließlich der Umweltmerkmale der Gebiete, die voraussichtlich erheblich beeinflusst werden	6
2.1.1	Erfassung, Darstellung und Bewertung des Schutzguts „Tiere“ (Brutvögel)	6
2.1.2	Erfassung, Darstellung und Bewertung des Schutzguts „Pflanzen“	8
2.1.3	Erfassung, Darstellung und Bewertung des Schutzguts „Boden“	10
2.1.4	Erfassung, Darstellung und Bewertung des Schutzguts „Wasser“	11
2.1.5	Erfassung, Darstellung und Bewertung des Schutzguts „Klima / Luft“	11
2.1.6	Erfassung, Darstellung und Bewertung des Schutzguts „Landschaft (Landschaftsbild/Stadtbild)“	12
2.1.7	Erfassung, Darstellung und Bewertung des Schutzguts „biologische Vielfalt“	12
2.1.8	Erfassung, Darstellung und Bewertung des Schutzguts „Mensch und seine Gesundheit und die Bevölkerung“	13
2.1.9	Erfassung, Darstellung und Bewertung des Schutzguts „Kultur und Sachgüter“	14
2.1.10	Hinweise und Ausführungen zu Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern	14
2.2	Prognose über die Entwicklung des Planungsraums bei Nichtdurchführung der Planung	14
2.3	Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung (Wirkungsanalyse)	15
2.3.1	Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere“	15
2.3.2	Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Pflanzen“	16
2.3.3	Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter „Boden und „Wasser“	16
2.3.4	Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Klima/Luft“	17
2.3.5	Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Landschaft (Landschafts- bzw. Stadtbild)“	17
2.3.6	Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „biologische Vielfalt“	17
2.3.7	Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Mensch und seine Gesundheit und die Bevölkerung“	18
2.3.8	Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Kultur- und Sachgüter“	19
2.3.9	Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen auf die Erhaltungsziele und den Schutzzweck von Schutzgebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung nach Bundesnaturschutzgesetz	19
2.4	Zusammenfassende Gesamtbewertung des Vorhabens und Eingriffsbeurteilung	19
2.5	Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich nachteiliger Auswirkungen	20
2.5.1	Beschreibung von Maßnahmen zur Vermeidung von Emissionen sowie der sachgerechte Umgang mit Abfällen und Abwässern	20
2.5.2	Berücksichtigung der Bodenschutzklausel nach § 1a BauGB	20
2.5.3	Beschreibung von Maßnahmen zur Vermeidung und Verringerung erheblicher Beeinträchtigungen der Schutzgüter	20
2.5.4	Beschreibung von unvermeidbaren, erheblichen Auswirkungen auf die jeweiligen Schutzgüter	21
2.5.5	Entwicklung von Maßnahmen zum Ausgleich erheblicher, nachteiliger Auswirkungen auf die Schutzgüter	21
2.5.6	Durch vorgeschlagene Maßnahmen erzielbare Kompensations- und Eingriffsbilanz	21
2.5.7	Prüfung in Betracht kommender, anderweitiger Planungsmöglichkeiten (Alternativen)	21
3	Zusätzliche Angaben	22
3.1	Beschreibung der wichtigsten Merkmale der verwendeten technischen Verfahren	22
3.2	Schwierigkeiten, die bei der Zusammenstellung der Angaben aufgetreten sind	22
3.3	Beschreibung der geplanten Maßnahmen zur Überwachung der erheblichen Umweltauswirkungen der Durchführung des Bauleitplans auf die Umwelt (Monitoring)	22
3.4	Allgemeinverständliche Zusammenfassung	22
4	Literaturverzeichnis	23
5	Anhang	25

1 Einleitung

Die Stadt Hildesheim plant mit der Aufstellung des Bebauungsplans DR/HO 67 „Porschestraße“ die Überarbeitung der bestehenden Bebauungspläne. Hiermit soll der Rahmen für die rechtsverbindliche Umsetzung der Zielvorstellungen des Märkte- und Zentrenkonzepts (Einzelhandelskonzept) (CIMA 2008) der Stadt Hildesheim, das inzwischen in den neuen Flächennutzungsplan der Stadt Hildesheim eingegangen ist, geschaffen werden. Gleichzeitig soll eine Aktualisierung der Festsetzungen bezüglich konkretisierter Aussagen und Regulierungen zu Art und zum Maß der baulichen Nutzung erfolgen. Bauliche Maßnahmen sind mit dem Planverfahren zunächst nicht verbunden. Die bestehende Bebauung genießt Bestandsschutz.

Das Planungsbüro FLU mit Sitz in 31073 Delligsen wurde von der Stadt Hildesheim mit der Erarbeitung des Umweltberichts gemäß § 2 Abs. 4 und § 2a Baugesetzbuch beauftragt.

Der vorliegende Umweltbericht stellt einen gesonderten Teil der Begründung zu dem Bebauungsplan dar. Er ermittelt, beschreibt und bewertet die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen auf die einschlägigen Schutzgüter, die durch die Umsetzung des Bebauungsplans auftreten. Darauf aufbauend werden Maßnahmen entwickelt, beschrieben und dargestellt, die dazu dienen, eventuelle erhebliche, nachteilige Umweltauswirkungen zu vermeiden, zu verringern oder auszugleichen.

Die Bewertung des aktuellen Bestandes in Bezug auf die einschlägigen Schutzgüter nach BauGB bzw. UVPG sowie die Beurteilung der Erheblichkeit der Beeinträchtigung dieser Schutzgüter und die Eingriffsbilanzierung inklusive der Entwicklung nötiger Vermeidungs-, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen erfolgen nach der Methodik von BREUER.

Als Grundlage für die Bearbeitung des Umweltberichts wurden dem Planungsbüro FLU folgende Materialien zur Verfügung gestellt:

- bestehende Bebauungspläne
- die Abgrenzung der Geltungsbereichs des geplanten Bebauungsplans (digital)
- vorhandene Beschlussvorlagen zu dem geplanten Bebauungsplan
- Einzelhandelskonzept der Stadt Hildesheim
- Flächennutzungsplan und Landschaftsplan der Stadt Hildesheim
- die Stadtgrundkarte der Stadt Hildesheim in digitaler Form
- Katastergrenzen und -bezeichnungen
- ALK-Daten in digitaler Form
- digitale Orthophotos
- Baumkataster der Stadt Hildesheim
- Flächen mit hoher Bedeutung für Tier- u. Pflanzenarten, Stadt Hildesheim
- Biotoptypenkartierung vom Büro GEUM.tec
- Landschaftsbildkartierung vom Büro Aland
- Schallgutachten des TÜV Nord
- Entwurf des Bebauungsplans DR/HO 67 „Porschestraße“

Die genaue Lage und die Abgrenzung des Geltungsbereichs sind in der Karte zum Biotoptypenbestand dargestellt im Anhang 2.

1.1 Beschreibung und Darstellung des Bedarfs an Grund und Boden

Wie in Kapitel 1 erläutert, erfolgt mit der Neuaufstellung des B-Plans DR/HO 67 unter anderem eine Aktualisierung der bauleitplanerischen Vorgaben und Regelungen bezüglich des zulässigen Maßes der baulichen Nutzung. Im Wesentlichen haben sich mit der letzten Novellierung der Baunutzungsverordnung (BauNVO) hin zur aktuell gültigen Baunutzungsverordnung 1990 Änderungen in Bezug auf die maximal zulässige Grundflächenzahl (GRZ) ergeben. Vor 1990 wurden auf die Grundflächenzahl bzw. die überbaubare Fläche Nebenanlagen gemäß § 14 BauNVO nicht angerechnet. Laut der nunmehr gültigen BauNVO 1990 werden diese Nebenanlagen sowie Garagen, Stellplätze, Zufahrten und bauliche Anlagen unterhalb der

Geländeoberfläche auf die Grundflächenzahl angerechnet. Die zulässige Grundflächenzahl darf dabei durch Nebenanlagen um maximal 50 % überschritten werden, jedoch höchstens bis zu einer Grundflächenzahl von 0,8 (§ 19 Abs. 4 BauNVO). Dieses entspricht einem maximal zulässigen Versiegelungsgrad von 80 %. Diese neue, für den B-Plan DR/HO 67 geltende Rechtslage, führt dazu, dass die maximal zulässige überbaubare Fläche (GRZ = 0,8) im Plangebiet durch den Bestand in der Summe deutlich überschritten wird (siehe Tabelle 1.1-1). Die im Plangebiet bestehende Bebauung genießt jedoch Bestandsschutz. Zukünftig ist gemäß § 19 BauNVO eine Grundflächenzahl von 0,8 einzuhalten. Auf Grund dieser Situation ergibt sich im Plangebiet langfristig ein Entsiegelungspotenzial. Die Flächeninanspruchnahme durch die Umsetzung wird reduziert.

Das rechnerische gesamte Entsiegelungspotenzial beträgt 13.312,09 m².

Tab. 1.1-1: Bedarf an Grund und Boden

Nutzung	Gesamtfläche [m ²]	versiegelte Fläche Bestand		maximal zulässige versiegelte Fläche (geplant)		minimal mögliches Entsiegelungspotenzial (bei einer GRZ von 0,8) [m ²]
		m ²	%	m ²	%	
Industriegebiete	148.321,89	131.969,60	88,98	118.657,51	80,0	13.312,09
Summe: gesamtes Entsiegelungspotenzial bezogen auf das Plangebiet						13.312,09

Insgesamt umfasst der Geltungsbereich der Neufassung des Bebauungsplans DR/HO 67 eine Fläche von 19,470442 Hektar.

Die im Osten des Geltungsbereichs liegende öffentliche Grünfläche mit dem zu einem Rückhaltebecken umgebauten Galgenbergsgraben sowie der im Süden des Geltungsbereichs liegende Bach mit den direkt angrenzenden naturnahen Gebüsch, Einzelbäumen und dem Spazierweg sollen als solche erhalten bleiben. Diese Bereiche werden als Parkanlagen im B-Plan festgesetzt.

1.2 Rechtliche und planerische Rahmenbedingungen

1.2.1 Ziele des Umweltschutzes laut relevanten Fachgesetzen

Folgende für das Bauleitplanverfahren relevante Fachgesetze und die darin enthaltenen Ziele des Umweltschutzes und der Landes- und Raumplanung wurden bei der Bearbeitung des Umweltberichts berücksichtigt:

- Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung vom 31.07.2009
- Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung vom 22.04.1993
- Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (NAGBNatSchG) in der Fassung vom 19.02.2010
- Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) in der Fassung vom 26.11.2010
- Satzung zum Schutz von schützenswerten Landschaftsbestandteilen in der Stadt Hildesheim in der Fassung vom 16.12.2002
- Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG) in der Fassung vom 09.12.2004

1.2.2 Umweltschutzziele der planungsrelevanten Fachpläne

Folgende relevante Pläne und Fachplanungen wurden berücksichtigt:

- relevante Ziele und Festsetzungen gemäß Regionalem Raumordnungsprogramm:
Durch eine vorsorgende Bauleitplanung sollen die Voraussetzungen für eine langfristige wettbewerbsneutrale Sicherung bzw. Wiederherstellung ausgeglichener Versorgungsstrukturen durch Anpassung bestehender B-Pläne an geltendes Recht geschaffen werden. (LANDKREIS HILDESHEIM 2001).
- Festsetzungen laut Flächennutzungsplan der Stadt Hildesheim:
Die zeichnerischen Darstellungen und die textlichen Festsetzungen entsprechen den Darstellungen des Flächennutzungsplans der Stadt Hildesheim (Stand 16.02.2011).
- Ziele des Naturschutzes laut Landschaftsrahmenplan des Landkreises Hildesheim:
Der Landschaftsrahmenplan des Landkreises Hildesheim (LANDKREIS HILDESHEIM 1993) stellt für den Geltungsbereich des Bebauungsplans keine detaillierten Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege dar. Geschützte und schutzwürdige Teile von Natur und Landschaft kommen im Geltungsbereich des B-Plans nicht vor.
Im Rahmen der Siedlungs-, Industrie und Gewerbeentwicklung ist die Versiegelung von Flächen auf ein Mindestmaß zu reduzieren.
- Örtliche Ziele und Vorgaben der Landschaftsplanung und des Naturschutzes der Stadt Hildesheim:
Folgende für das Plangebiet relevante allgemeine Ziele aus Sicht des Naturschutzes werden durch den Landschaftsplan der Stadt Hildesheim (STADT HILDESHEIM 2000) formuliert:
 - Sicherung und Entwicklung von Freiräumen und öffentlichen Grünanlagen,
 - Abschirmung von visuell störenden Bauwerken und Gewerbegebieten zur offenen Landschaft.

Konkrete Ziele und Maßnahmen des Landschaftsplans, die das Plangebiet betreffen:

Galgenberggraben westlich der BAB A 7:

- Verbesserung der Uferstruktur und Entwicklung von naturnahen Ufersäumen
- Erhalt einer Ruderalflur mit Gebüschern südlich der BAB A 7 als Rückzugsgebiet von Tier- und Pflanzenarten und als Korridorbiotop zwischen Unsinnbach und Kleingärten an der Berliner Straße sowie als Grünzug
- Offenlegen des Grabens, Entwicklung einer naturnahen Bachlandschaft Erhalt der Ruderalfluren, Offenlassen des Freiraums, abschnittsweise Mahd in mehrjährigen Abständen.

Grünverbindung entlang der Bahnstrecke nach Braunschweig

- Erhalt und Entwicklung des bestehenden Grünzugs
- Entwicklung von Spazier- und Fahrradwegen entlang der Bahnlinie.
- Erhalt und Ausdehnung der Gebüsche und Ruderalfluren entlang der Bahnböschungen und in den Randbereichen der Gleise

Das im Osten des Geltungsbereichs des B-Plans DR/HO 67 liegende Regenrückhaltebecken ist als Kompensationsfläche für Eingriffe im Zuge des B-Plans BA 175 „Industriegebiet Wackenstedt“ vorgesehen und als solches zu erhalten (STADT HILDESHEIM 2011).

2 Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen

2.1 Bestandsaufnahme der einschlägigen Belange des Natur- und Landschaftsschutzes (Schutzgüter) des derzeitigen Umweltzustands, einschließlich der Umweltmerkmale der Gebiete, die voraussichtlich erheblich beeinflusst werden

Gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB sind im Rahmen der Aufstellung eines Bauleitplans die Schutzgüter *Tiere und Pflanzen, Mensch und seine Gesundheit, Boden, Wasser, Klima/Luft, Landschaft (Landschaftsbild bzw. Stadtbild), Kultur- und Sachgüter* sowie *die biologische Vielfalt* zu berücksichtigen.

Nach Absprachen zwischen dem Büro FLU als Auftragnehmer und der Stadt Hildesheim im Sinne eines Scopings, wurde der Untersuchungsrahmen für den vorliegenden Umweltbericht abgestimmt. Die im Rahmen der Erarbeitung des vorliegenden Umweltberichts zu erfassenden und zu bewertenden Schutzgüter sind danach identisch mit den oben genannten.

Bezüglich des Schutzguts Pflanzen erfolgt laut Absprache die Bearbeitung der Biotoptypen (flächendeckend) und des Baumbestandes.

Bezüglich der Tierarten erfolgt laut Absprache vorwiegend die Bearbeitung der Brutvögel über Stichproben. Alle weiteren Tierartengruppen (Standardartengruppen) werden vorliegenden Umweltbericht nicht über gesonderte Erfassungen berücksichtigt, da auf Grund der bestehenden Lebensraumsituation und fehlender Lebensraumstrukturen nicht mit planungsrelevanten Tierartenvorkommen zu rechnen ist bzw. Vorkommen planungsrelevanter Arten (z. B. im Bereich des Rückhaltebeckens im Osten des Geltungsbereichs) nicht beeinträchtigt werden.

Die Schutzgüter sind durch die einschlägig anerkannten Erfassungsmethoden unter Beachtung der „Abschichtung“ in einem dem Vorhaben entsprechenden Detaillierungsgrad im Bestand zu erfassen, zu beschreiben und anschließend mit Hilfe einschlägig anerkannter Bewertungsverfahren naturschutzfachlich zu bewerten. Die Bewertung des Umweltzustands bezüglich der Schutzgüter erfolgt anhand der Methode nach BREUER, bei Bedarf ergänzt durch weitere Detailverfahren (siehe jeweilige Kapitel).

2.1.1 Erfassung, Darstellung und Bewertung des Schutzgutes „Tiere“ (Brutvögel)

Bestandserfassung:

Die Erfassung der Brutvögel im Planungsraum erfolgte nach Absprache mit der Stadt Hildesheim durch stichprobenartige Beobachtungen im Rahmen der Kartiergänge zur Biotoptypenkartierung zwischen März und Juni 2010 (insgesamt 6 Begehungen). Eine vollständige Erfassung aller im Planungsraum vorkommenden Vogelarten (quantitativ und qualitativ) war nicht Ziel und Gegenstand der Erhebungen.

Genaue Kartierungen dieser Artengruppe waren auf Grund der örtlichen Lebensraumbedingungen und fehlender Strukturen sowie der damit zu erwartenden geringen Artenzahl und Abundanzen besonders auch naturschutzfachlich bedeutender Arten nicht erforderlich.

Nachfolgend werden die im Plangebiet nachgewiesenen Vogelarten mit Angabe der Fundstelle tabellarisch aufgelistet.

Tab. 2.1.1-1: Ergebnisse der Bestandserfassung der Vögel.

Lfd. Nr.	Art (wissenschaftlicher Name)	Art (deutscher Name)	Feststellungen im UG (Zufallsbeobachtungen ohne Revier-Zuordnung); ggf. konkreter Fundort	Rote-Liste-Status (nach KRÜGER & OLTMANN 2007)
1	<i>Turdus merula</i>	Amsel	Häufig; div. Grünflächen, Gärten u. Böschungen	Keine Gefährdung
2	<i>Sylvia atricapilla</i>	Mönchsgrasmücke	Böschung Autobahn/Rückhaltebecken	Keine Gefährdung
3	<i>Sylvia curruca</i>	Klappergrasmücke	Westseite Regenrückhaltebecken	Keine Gefährdung
4	<i>Cyanistes caeruleus</i>	Blaumeise	Böschung Autobahn/Rückhaltebecken	Keine Gefährdung
5	<i>Prunella modularis</i>	Heckenbraunelle	Westseite Regenrückhaltebecken	Keine Gefährdung
6	<i>Sylvia communis</i>	Dorngrasmücke	Sträucher am Regenrückhaltebecken;	Keine Gefährdung
7	<i>Phoenicurus ochruros</i>	Hausrotschwanz	Rückhaltebecken im Osten	Keine Gefährdung
8	<i>Luscinia megarhynchos</i>	Nachtigall	Gebüsch am Rückhaltebecken	Gefährdet
9	<i>Carduelis cannabina</i>	Bluthänfling	Rückhaltebecken im Osten	Vorwarnliste
10	<i>Pica pica</i>	Elster	div. Grünflächen, Park- und Dachflächen sowie Böschungen	Keine Gefährdung
11	<i>Turdus philomelos</i>	Singdrossel	Graben entlang Bahnstrecke (südl. Rand des Plangebietes)	Keine Gefährdung
12	<i>Sturnus vulgaris</i>	Star	div. Rasenflächen	Vorwarnliste
13	<i>Motacilla alba</i>	Bachstelze	div. befestigte Flächen	Keine Gefährdung
14	<i>Motacilla cinerea</i>	Gebirgsstelze	Zulauf Regenrückhaltebecken im Osten	Keine Gefährdung
15	<i>Apus apus</i>	Mauersegler	mehrfach Überfliegend bzw. kreisend	Keine Gefährdung
16	<i>Corvus corone</i>	Rabenkrähe	div. befestigte Flächen; überfliegend	Keine Gefährdung
17	<i>Gallinula chloropus</i>	Teichhuhn	Regenrückhaltebecken im Osten	Vorwarnliste
18	<i>Fulica atra</i>	Bläsralle	Regenrückhaltebecken im Osten	Keine Gefährdung
19	<i>Anas platyrhynchos</i>	Stockente	Regenrückhaltebecken im Osten	Keine Gefährdung

Im Bereich des Regenrückhaltebeckens kommt die Ohrschlamm Schnecke (*Radix auricularia*) (RL Nds. 3) und das Glatte Posthörnchen (*Gyraulus laevis*) (RL Nds. 2) vor (STADT HILDESHEIM 2011, schriftl.).

Bewertung:

Die Bewertung des Schutzguts „Tiere“ erfolgt mit Hilfe des Bewertungsansatzes von BREUER (2002). Mit Ausnahme des Rückhaltebeckens sind die Bereiche des Planungsraums auf Grund der Ergebnisse der Bestandserfassung nach derzeitigem Wissens- und Planungsstand als „von geringer Bedeutung“ (Wertstufe I) für das Schutzgut bzw. den Tierartenschutz anzusehen. Das Regenrückhaltebecken und die direkt angrenzenden Flächen sind von besonderer Bedeutung für Süßwassermollusken und Brutvögel (Wertstufe V).

2.1.2 Erfassung, Darstellung und Bewertung des Schutzgutes „Pflanzen“

Bestandserfassung:

Die Erfassung und Bewertung des Schutzgutes „Pflanzen“ erfolgte durch und auf Grundlage einer eigens zwischen März und Juni 2010 durchgeführten flächendeckenden Biotoptypenkartierung. Die Ergebnisse dieser Biotoptypenkartierung sind in der Karte im Anhang 2 grafisch dargestellt. Zusätzlich zu den Biotoptypen wurde der Baumbestand mit Baumart und Stammumfang in 1,0 Meter Höhe erfasst. Dieser ist im Anhang 1 aufgeführt und ebenfalls in der Biotoptypenkarte dargestellt. Die Ergebnisse der Biotoptypenkartierung sind in Tabelle 2.1.2-1 zusammenfassend aufgeführt und ausgewertet.

Naturschutzfachlich bedeutende Pflanzen kommen im Bereich des Rückhaltebeckens und im Bereich des im Süden an das Plangebiet angrenzenden Grabens vor. Im Rückhaltebecken kommt ein Bestand Tannenwedel (*Hippuris vulgaris*) (RL Nds. 3) vor. Im südlich angrenzenden Graben wächst das Große Flohkraut (*Pulicaria dysenterica*) (RL Nds 3) (STADT HILDESHEIM 2011, schriftl.).

Bewertung des Biotoptypenbestandes:

Insgesamt hat das Plangebiet einen recht geringen Wert für den Arten und Biotopschutz. Dieses resultiert aus der starken anthropogenen Überprägung des Gebiets und dem hohen Versiegelungsgrad. Aus Sicht des Biotopschutzes sind dennoch einige Bereiche als naturschutzfachlich höherwertig zu beurteilen. Hierzu zählen der im Süden des Plangebiets gelegene Bach, der hier vorhandene fragmentarische Erlen-Eschenwald, das am Rückhaltebecken gelegene feuchte Weidengebüsch sowie die zahlreichen Ruderal- und Sukzessionsgebüsche, die Siedlungsgehölze mit einheimischem Gehölzbestand und die Ruderalfluren. Insbesondere von Bedeutung sind diese Bereiche als Rückzugs- und Lebensraum für Pflanzen- und Tierarten, denn ein über die Typusebene hinausgehender Biotopwert dieser Bereiche resultiert aus der Lebensraumfunktion besonders für Singvögel als Brut- und Nahrungshabitat sowie als Ansitz- und Singwarte. Hecken und gebüschartige Gehölze bieten zahlreichen Arten (z. B. Laufkäfern und Kleinsäugern) einen Schutz vor Feinden. Weiter dienen diese Lebensräume als Überwinterungslebensraum. Im Bereich der Gewässer im Plangebiet (Rückhaltebecken und Bach) finden aquatisch und semiaquatisch lebende Tierarten Nahrungs-, Fortpflanzungs- und Ruhehabitats. Zudem haben diese Bereiche als Verbindungselemente (Vernetzung) zur angrenzenden Agrarlandschaft eine große Bedeutung für den nach den §§ 21 ff. BNatSchG zu entwickelnden Biotopverbund. Das Gesamtbewertungsergebnis im Plangebiet für den Biotopschutz auf Grund des bestehenden Biotoptypenwertes ist in Tabelle 2.1.2-2 dargestellt.

Tab. 2.1.2-1: Ergebnisse der Biotoptypenkartierung mit Angabe der absoluten und prozentualen Aufteilung der erfassten flächigen Biotoptypen für den B-Plan DR/HO 67 „Porschestraße“.

Biotoptypenkürzel nach VON DRACHENFELS (2004) gegebenenfalls mit Angabe des Rote- Liste-Status in Klammern (nach VON DRACHENFELS 1996)	Biotoptyp nach VON DRACHENFELS (2004)	Flächenanteile (gerundet)		Wertstufe nach BIERHALS et al. (2004)
		m ²	%	
BAZ (S)	Sonstiges Weiden-Ufergebüsch	3.518,91	1,81	III
BRR	Rubus-Gestrüpp	576,87	0,30	III
BRS (S)	Sonstiges Sukzessionsgebüsch	447,12	0,23	III
BRS (S)/UNG	Sonstiges Sukzessionsgebüsch verzahnt mit Goldrutenflur	1.082,34	0,56	III
BRU (S)	Ruderalgebüsch	422,77	0,22	III
BRU (S)/BRR	Ruderalgebüsch/Rubus-Gestrüpp	412,11	0,21	III
BZE	Ziergebüsch aus überwiegend einheimischen Gehölzarten	246,53	0,13	I
BZN	Ziergebüsch aus überwiegend nicht heimischen Gehölzarten	1.298,76	0,67	I
BZN/BRR	Ziergebüsch aus überwiegend nicht heimischen Gehölzarten verzahnt mit Rubus-Gestrüpp	123,36	0,06	I
ER	Beet/Rabatte	613,14	0,31	I
FXS	Stark ausgebauter Bach	1.894,20	0,97	II
GRA	Artenarmer Scherrasen	7.320,83	3,76	I
HSE (S)	Siedlungsgehölz aus überwiegend einheimischen Gehölzarten	1.727,46	0,89	III
HSE (S)/UR	Siedlungsgehölz aus überwiegend einheimischen Gehölzarten verzahnt mit Ruderalflur	51,05	0,03	III
HSN	Siedlungsgehölz aus überwiegend nicht heimischen Gehölzarten	206,11	0,11	II
OX	Baustelle	1.731,43	0,89	I
PHZ	Neuzeitlicher Ziergarten	2.843,58	1,46	I
SXS	Sonstiges naturfernes Staugewässer	6.396,07	3,29	II
TFK	Kies- Schotterfläche	7.535,31	3,87	I
UNG	Goldruten-Flur	5.751,11	2,95	II
UNK	Staudenknöterich-Flur	140,53	0,07	I
URF (S)	Ruderalflur frischer bis feuchter Standorte	386,20	0,20	III
URT (3)	Ruderalflur trockenwarmer Standorte	2.724,93	1,40	III
Versiegelte Flächen	Gebäude, Verkehrs- und Industrieflächen	147.020,23	75,49	I
WEB (2)	Erlen- und Eschenwald in Bachauen des Berg- und Hügellandes	233,47	0,12	IV
	Gesamtfläche	194.704,42	100,00	

Tab. 2.1.2-2: Gesamtbewertungsergebnis auf Grund des Biotoptypenwertes für den Bereich des B-Plans DR/HO 67 „Porschestraße“

Flächenanteil in m ² (gerundet)	Flächenanteil in %	Wertstufe nach BIERHALS ET AL. 2004	
168.951,77	86,77	I	von geringer Bedeutung
14.247,49	7,32	II	von allgemeiner bis geringer Bedeutung
11.349,76	5,82	III	von allgemeiner Bedeutung
233,47	0,12	IV	von besonderer bis allgemeiner Bedeutung
194.704,42	100,00		

Bewertung der vorkommenden Pflanzenarten:

Auf Grund des Vorkommens gefährdeter Pflanzenarten im Bereich des Regenrückhaltebeckens und des im Süden des Plangebiets gelegenen Baches (siehe oben), sind diese Bereiche nach BREUER (2002) als „von allgemeiner Bedeutung“ (Wertstufe 3) für das Schutzgut Pflanzenarten zu beurteilen. Darüber hinaus wurden keine weiteren gefährdeten bzw. Vorkommen naturschutzfachlich eingriffsrelevanter Pflanzenarten im Plangebiet nachgewiesen. Die weitere Bewertung der Pflanzenarten beschränkt sich daher auf den erfassten vorhandenen Baumbestand. Diese erfolgt mit Hilfe der Satzung zum Schutz von schützenswerten Landschaftsbestandteilen in der Stadt Hildesheim in der Fassung vom 16.12.2002 sowie nach BREUER (1994) bzw. BREUER (2002) und BIERHALS et al. (2004).

In der Satzung zum Schutz von schützenswerten Landschaftsbestandteilen in der Stadt Hildesheim heißt es in § 1 wie folgt: „Es werden unter Schutz gestellt: Alle außerhalb des Waldes stehenden Laubbäume außer Birken, Kastanien und Pappeln, von den Nadelbäumen Schwarzkiefern und Lärchen, mit einem Stammumfang von 150 cm und mehr, sowie Eiben, Rotdorn und Stechpalmen mit einem Stammumfang von 60 cm und mehr. Dies gilt nicht für Obstbäume in Haus- und Kleingärten. Esskastanien, Baumhasel und Walnussbäume werden unter Schutz gestellt.“

„Der Stammumfang wird in einer Höhe von 100 cm über dem Erdboden gemessen. Liegt der Kronenansatz unter dieser Höhe, ist der Stammumfang unter dem Kronenansatz maßgebend, bei mehrstämmigen Bäumen ist die Summe der Stammumfänge entscheidend.“

Im Geltungsbereich des B-Plans kommen insgesamt 230 Einzelbäume vor. Hiervon stehen 20 Bäume laut der „Satzung zum Schutz von schützenswerten Landschaftsbestandteilen in der Stadt Hildesheim“ in der Fassung vom 16.12.2002“ unter Schutz. Die geschützten Einzelbäume sind im Anhang 1 mit einer roten Baumnummer versehen.

Ungeachtet dessen ist nach BREUER (2002) und BIERHALS et al. (2004) für beseitigte Einzelbäume und Baumgruppen unabhängig von der Größe und dem Stammumfang in entsprechender Art und Zahl Ersatz zu schaffen, falls hier ausgleichspflichtige Eingriffe entstehen. Auf die Vergabe von Wertstufen wird für Einzelbäume hiernach verzichtet (vgl. BIERHALS et al. 2004).

2.1.3 Erfassung, Darstellung und Bewertung des Schutzguts „Boden“

Die Erfassung des Schutzgutes „Boden“ basiert auf den vorhandenen Daten des Landschaftsplans der Stadt Hildesheim (STADT HILDESHEIM 2000), die für die Erarbeitung des Umweltberichts ausgewertet wurden.

Im Bereich der bebauten Bereiche ist die Natürlichkeit des Bodens im Plangebiet sehr stark eingeschränkt. Die morphologische Veränderung bei Freiflächen (Industrie- und Verkehrsflächen) ist sehr hoch, der Versiegelungsgrad liegt in weiten Teilen bei über 90 %. Die Empfindlichkeit gegenüber zusätzlichen Beeinträchtigungen ist auf Grund der bereits bestehenden starken Überprägung gering.

Auf Grundlage dieser Datenauswertung und der im Rahmen der Biotoptypenkartierung für den Umweltbericht gewonnen Erkenntnisse sind die bebauten Flächen (Versiegelung) sowie die zahlreichen Grünflächen entlang der Straßen und auf den Baugrundstücken nach BREUER (1994) und BREUER (2002) „von geringer Bedeutung“ für das Schutzgut Boden. Die erwähnten zahlreichen kleinen Grünflächen werden durch hohe Schadstoffbelastungen abgewertet.

Im Bereich des Rückhaltebeckens und des im Süden gelegenen Baches liegt die morphologische Veränderung im mittleren Bereich. Versiegelungen liegen hier keine vor. Die Empfindlichkeit gegenüber zusätzlichen Beeinträchtigungen ist auf Grund der relativ geringen bestehenden Überprägung hoch. Dieses gilt besonders für zusätzliche Versiegelungen und morphologische Veränderungen.

Auf Grundlage dieser Datenauswertung und der im Rahmen der Biotoptypenkartierung für den Umweltbericht gewonnen Erkenntnisse sind die Bereiche um das Rückhaltebecken und den Bach nach BREUER (1994) und BREUER (2002) „von allgemeiner Bedeutung“ für das Schutzgut Boden. Die übrigen Bereiche gelten als „von geringer Bedeutung“.

2.1.4 Erfassung, Darstellung und Bewertung des Schutzguts „Wasser“

Der Landschaftsplan der Stadt Hildesheim (STADT HILDESHEIM 2000) stellt für das Plangebiet eine mittlere bis starke Versiegelung (Stufe IV) mit einhergehendem hohem Grundwassergefährdungsrisiko durch Siedlung und Betriebe mit Lagerung grundwassergefährdender Stoffe dar.

Im Bereich der versiegelten Flächen im Plangebiet wird das Niederschlagswasser ortsüblich über die Flächenentwässerungen und die Kanalisation in die Vorfluter abgeleitet.

Auf Grund der örtlichen Gegebenheiten im Bereich der Bebauung sind diese Flächen nach BREUER als „von geringer Bedeutung“ für das Schutzgut Wasser zu bewerten. Die Grünflächen entlang der versiegelten Flächen lassen eine Wasserversickerung nur sehr eingeschränkt zu und durch den Straßenverkehr besteht die Gefahr eines erhöhten Schadstoffeintrags in das Grund- und Oberflächenwasser. Auch diese Flächen sind daher als „von geringem Wert“ für das Schutzgut Wasser zu beurteilen.

Da im Bereich des Rückhaltebeckens mit seinen angrenzenden Flächen keine bzw. geringe Versiegelung (Stufe II) vorhanden ist, ist dieser Bereich im Vergleich zu den versiegelten Flächen auch für das Schutzgut „Wasser“ höherwertiger zu beurteilen. Beeinträchtigt wird dieser Bereich allerdings durch die auf den angrenzenden Bereichen (Industriegebiet und Autobahn) vorherrschenden Schadstoffemissionen (siehe oben). Die Leistungs- und Funktionsfähigkeit für den Naturhaushalt bezogen auf das Schutzgut „Wasser“ ist in diesem Bereich auch in Bezug für den lokalen Hochwasserschutz von höherer Bedeutung.

Insgesamt ist der Bereich um das Rückhaltebecken für das Schutzgut „Wasser“ nach BREUER „von allgemeiner Bedeutung“ (Wertstufe II).

Der im Süden des Plangebiets befindliche Bach ist nach BREUER (1994) auf Grund seiner starken anthropogenen Überprägung „von geringer Bedeutung“.

2.1.5 Erfassung, Darstellung und Bewertung des Schutzguts „Klima / Luft“

Die starke anthropogene Überprägung des Plangebiets hat auch Auswirkungen auf das Schutzgut Klima/Luft, so dass für die bebauten Bereiche auch für dieses Schutzgut eine geringe Bedeutung des Plangebiets vorliegt.

Laut Landschaftsplan der Stadt Hildesheim (STADT HILDESHEIM 2000) liegen im Plangebiet Gewerbe- und Industrieklimatope vor. Durch die starke Versiegelung kommt es zu einer starken sommerlichen Aufheizung mit trockener Prägung und einer starken Veränderung des Windfeldes. Teilweise liegen hohe Emissionen vor. Die Durchlüftung erfolgt kleinräumig bis lokal in Luftzirkulationssystemen.

Die Bereiche um das im Osten des Plangebiets gelegene Regenrückhaltebecken werden als Übergangsklimatop Gehölz reicher Bereiche dargestellt. Hier liegt eine Mischung der klimatischen

Eigenschaften der Wald- und Freilandklimatope vor. Auf Grund der im Vergleich zum angrenzenden Gewerbe- und Industrieklimatop vorherrschenden stärkeren Beschattung, ist dieser Bereich ein Ausweichraum während sommerlicher Erwärmung.

Nach BREUER (2002) erfolgt die Bewertung mit Hilfe von zwei Wertstufen:

„von Bedeutung“ = wenig beeinträchtigte Bereiche: Einzelbäume, Hecken und Gebüsche, Gewässer, ausgedehnte Grünzüge.

„von geringer Bedeutung“ = stark beeinträchtigte Bereiche: Siedlungsbereiche, versiegelte Flächen, Scherrasen (Bereiche mit hoher Wärme erzeugender Oberfläche)

2.1.6 Erfassung, Darstellung und Bewertung des Schutzguts „Landschaft (Landschaftsbild/Stadtbild)“

Die Grundlage für die vorliegende Erfassung und die Bewertung des Landschaftsbildes bildet die Biotoptypenkartierung (siehe Kapitel 2.1.2). Wertmaßstab für die Bewertung des Landschaftsbildes ist der Anteil natürlicher bzw. natürlich wirkender Biotoptypen (KÖHLER & PREIß 2000, BREUER 2002).

Bezogen auf das Plangebiet haben besonders die Flächen mit Gebüsch- und Heckenstrukturen sowie der Rückhaltebecken und der im Süden des Plangebiets gelegene Bach im Vergleich zu den übrigen Flächen einen höheren Anteil natürlich wirkender Biotoptypen. Im Bereich der Bebauung sind diese Flächen aber deutlich durch den Einfluss des Menschen überprägt. Daher sind diese Flächen lediglich „von allgemeiner Bedeutung“. Die Bereiche um das Rückhaltebecken sind laut ALAND (2007) als „innerstädtische Landschaftsbildeinheit mit besonderer Bedeutung“ zu bewerten.

Hervorzuheben ist auch der Baumbestand im gesamten Plangebiet, der das Landschafts- bzw. Stadtbild sowohl in seiner vertikalen Struktur wie auch räumlich gliedert, belebt und gestaltet. Die Einzelbäume sind auf Grund Ihrer natürlichen Wirkung „von besonderer Bedeutung“.

Die übrigen Bereiche des Plangebiets sind „von geringer Bedeutung“ für das Landschafts- bzw. Stadtbild, da sie durch die Bebauung und die Verkehrsflächen sowohl visuell als auch akustisch und geruchlich stark beeinträchtigt sind (vgl. ALAND 2007).

2.1.7 Erfassung, Darstellung und Bewertung des Schutzguts „biologische Vielfalt“

Das Schutzgut „biologische Vielfalt“ ist in Zusammenhang mit den Schutzgütern „Pflanzen“ und „Tiere“ (siehe Abschnitte 2.1.1 und 2.1.2) zu sehen. Die Berücksichtigung der biologischen Vielfalt innerhalb einer Umweltprüfung hat über den Schutz einzelner konkreter Tier- und Pflanzenarten (siehe jeweilige Schutzgüter) bzw. die Arten und Lebensgemeinschaften hinausgehend das Ziel, einen allgemeinen Schutz (Erhalt) bzw. die Wiederherstellung der naturraumtypischen biologischen Vielfalt (Diversität) der Landschaft bzw. eines Landschaftsraumes zu gewährleisten. Hierbei spielt auch besonders der Schutz der Vielfalt von Habitatstrukturen (Lebensraumbedingungen) eine wesentliche Rolle.

Auch Aspekte, die in den Bereich des Biotopverbundes hineinreichen (Isolation von Lebensräumen und Populationen, Zerschneidungseffekte, Biotopvernetzung, genetische Vielfalt etc.), sind bei der Betrachtung dieses Schutzguts einzubeziehen.

Aufgrund der Lebensraumfunktion der Gehölzstrukturen für die Brutvögel sowie Kleinsäuger und Insekten haben diese Bereiche eine, im Vergleich zu den übrigen Flächen, höhere Bedeutung für die biologische Vielfalt im funktionalen Zusammenhang in einem Biotopverbundsystem.

Gleiches gilt für einen Großteil der im Gebiet vorkommenden Ruderalflächen. Diese bieten Brutvögeln und Kleinsäufern Fortpflanzungs- und Nahrungshabitate sowie Schutz vor Feinden und auf Grund ihres oft vorhandenen Blütenreichtums Nahrungsquellen und bieten auch Überdauerungsmöglichkeiten für Insekten.

Eine höhere Bedeutung für das Schutzgut biologische Vielfalt hat das Regenrückhaltebecken mit seinen angrenzenden Flächen auf Grund des Vorkommens von Rote-Liste-Arten und der im Vergleich zu den übrigen Flächen hohen Artendiversität und Individuendichte sowie als

Trittssteinbiotop und Verbundelement im Biotopverbundsystem. Aufgrund der Lebensraumfunktion der Gehölzstrukturen in diesem Bereich für die Brutvögel, aquatisch und semiaquatisch lebende Organismen sowie Kleinsäuger und Insekten haben diese Bereiche eine im Vergleich zu den übrigen Flächen höhere Bedeutung für die biologische Vielfalt im funktionalen Zusammenhang in einem Biotopverbundsystem.

Im Planungsraum bilden auf natürlichen bzw. naturnahen Böden Buchenwaldgesellschaften die heutige potentiell natürliche Vegetation (vgl. KAISER & ZACHARIAS 2003). Folgende Arten der bestehenden Einzelbäume und Biotoptypenflächen (siehe Tabelle 2.1.7-1) sind bezogen auf das gesamte Plangebiet auf Grund ihrer besonderen Lebensraumfunktion für Tiere und auf Grund des Vorkommens heimischer, für Buchenwaldgesellschaften typischer Pflanzen (vgl. ELLENBERG 1996), von höherer Bedeutung für das Schutzgut „biologische Vielfalt“:

Acer platanoides, *Acer pseudoplatanus*, *Alnus glutinosa*, *Betula pendula*, *Carpinus betulus*, *Fagus sylvatica*, *Fraxinus excelsior*, *Populus tremula*, *Prunus avium*, *Quercus robur*, *Salix alba*, *Salix caprea*, *Sorbus aucuparia*, *Tilia cordata*.

Tab. 2.1.7-1: Für das Schutzgut „biologische Vielfalt“ bedeutsame Biotoptypen im Plangebiet.

BAZ	Sonstiges Weiden-Ufergebüsch
BRR	Rubus-Gestrüpp
BRS	Sonstiges Sukzessionsgebüsch
BRU	Ruderalgebüsch
BZE	Ziergebüsch aus überwiegend einheimischen Gehölzarten
FXS	Stark ausgebauter Bach
HSE	Siedlungsgehölz aus überwiegend einheimischen Gehölzarten
SXS	Sonstiges naturfernes Staugewässer
URF	Ruderalflur frischer bis feuchter Standorte
URT	Ruderalflur trockenwarmer Standorte
WEB	Erlen- und Eschenwald in Bachauen des Berg- und Hügellandes

Abgesehen von der höheren Bedeutung des Bereichs um das Rückhaltebecken ist das Plangebiet laut Landschaftsplan der Stadt Hildesheim insgesamt von eingeschränkter Bedeutung für den Arten- und Biotopschutz. Von der „Bavenstedter Straße“ geht eine starke Lärm- und Schadstoffbelastung sowie eine Zerschneidungswirkung für die Arten und Lebensgemeinschaften aus (STADT HILDESHEIM 2000).

2.1.8 Erfassung, Darstellung und Bewertung des Schutzguts „Mensch und seine Gesundheit und die Bevölkerung“

Folgende Ausführungen stützen sich auf das schalltechnische Gutachten der TÜV NORD GmbH & Co. KG (TÜV NORD 2011) zum Bebauungsplanverfahren DR/HO 67 „Porschestraße“ der Stadt Hildesheim.

Bezüglich der menschlichen Gesundheit sowie der Wohnumfeldfunktion sind das Plangebiet und die angrenzenden Flächen als von geringer Bedeutung zu bewerten.

Die Werteinstufung ergibt sich aus der bereits bestehenden relativ hohen Vorbelastung durch Lärm durch die Betriebe sowie durch den Straßenverkehr, der auch von der BAB 7 das Plangebiet beeinflusst. Bereits heute werden durch Vorbelastungen die schalltechnischen Orientierungswerte (Grenzwerte) gemäß DIN 18005 erreicht (TÜV NORD 2011). Diese Belastungen wirken auch auf die an den B-Plan DR/HO 67 angrenzenden Wohn-, Industrie- und Gewerbegebiete.

Das Plangebiet ist durch Straßenverkehr sowie den gewerblichen Nutzung durch die Bebauung, die Lärmimmissionen und einhergehende geruchliche Belastungen so stark überprägt, dass ihm keine Erholungsfunktion zukommt. Hiervon ausgenommen sind die Grünflächen um das Rückhaltebecken im Osten des Plangebiets. Diese Bereiche sind trotz einer bestehenden Lärmbelastung von hoher Bedeutung für die Erholungsnutzung.

Die vorhandenen Gehölz- und Heckenstrukturen und die Einzelbäume wirken diesen Beeinträchtigungen entgegen, können diese jedoch in keinsten Weise eliminieren.

2.1.9 Erfassung, Darstellung und Bewertung des Schutzguts „Kultur- und Sachgüter“

Besondere Kultur- und Sachgüter sind durch den Bebauungsplan nicht betroffen. Seltene historische Kulturlandschaften im Planungsraum bzw. der näheren Umgebung sind nicht vorhanden und es liegen keine bedeutsamen Bauwerke, Baudenkmäler oder archäologischen Verdachtsflächen oder Funde vor.

2.1.10 Hinweise und Ausführungen zu Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern

Zwischen den einzelnen Schutzgütern bestehen sehr vielschichtige und komplexe Wechselwirkungen. Der Boden bildet die Grundlage für die Ausbildung und Ausprägung nahezu aller anderen Schutzgüter, wobei diese ihrerseits Auswirkungen auf den Boden haben.

Der Mensch nimmt durch sein Handeln Einfluss auf alle Schutzgüter. Im Bereich des Planungsraums sind diese Einflüsse besonders stark und nachhaltig ausgeprägt. Durch den hohen Grad der Bodenversiegelung kommt es zu starken Einflüssen auf das Stadtklima im Planungsraum, denn die versiegelten Flächen erwärmen sich besonders bei Sonneneinstrahlung sehr stark, was wiederum Auswirkungen auf die Lebens- und Wohnqualität, aber auch die Tier- und Pflanzenwelt hat. Durch den relativ starken Kraftverkehr im Plangebiet kommt es zu Lärm- und Geruchsbelästigungen, die sich wiederum sowohl auf die Wohn- und Lebensqualität, den Erholungswert der angrenzenden Grünflächen aber auch auf Fauna und Flora auswirken. Ein natürliches Bodengefüge ist in weiten Teilen des Plangebiets nicht mehr vorhanden. Besonders die Versiegelungen haben auch nachhaltige Auswirkungen auf die Schutzgüter Boden und Wasser und deren Leistungsfähigkeit für den Naturhaushalt und damit auch für die Schutzgüter Tiere und Pflanzen (Arten- und Lebensgemeinschaften).

Letztlich ergeben sich durch das Wirkungsgefüge der Schutzgüter Boden-Wasser-Klima-Luft-Arten-Biotop unter dem Einfluss des Menschen auch Auswirkungen auf die biologische Vielfalt und durch die Beeinträchtigung der Natürlichkeit der Lebensräume (Biotoptypen) auf das Landschaftsbild und den Menschen. Dem im Osten gelegenen Rückhaltebecken und den angrenzenden Grünflächen kommt eine besondere Bedeutung für den Naturhaushalt und das Wirkungsgefüge zwischen den Schutzgütern zu, die durch die Umsetzung des B-Plans erhalten bleibt.

Die Stadt stellt ein sehr komplexes Wirkungsgefüge dar, in dem die einzelnen Umweltbereiche Luft, Klima, Boden, Wasser, Biotop und die Raumstruktur in vielfältigen Wechselbeziehungen stehen. Aus diesem Grunde ist jeweils eine ganzheitliche Betrachtung des gesamten Stadtgebiets sinnvoll.

Im Vergleich zum gesamten Stadtgebiet der Stadt Hildesheim bildet das Plangebiet mit seinen direkt angrenzenden und in der näheren Umgebung liegenden ausgedehnten Grünzügen (Grüngürtel Müggelssee – Park Drispensstedt – Rückhaltebecken im Osten) einen Pufferstreifen.

2.2 Prognose über die Entwicklung des Planungsraums bei Nichtdurchführung der Planung

Bei einer Nichtdurchführung der geplanten Maßnahme würde der Status Quo des Planungsraumes und der angrenzenden Grünflächen in ihrer bestehenden Funktionsfähigkeit für die Allgemeinheit und den Naturhaushalt längerfristig bestehen bleiben, denn die

Straßenbereiche sowie die Gewerbe- und Industrieflächen und auch die angrenzenden Grünflächen und das Rückhaltebecken blieben erhalten. Aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht wäre es lediglich von Zeit zu Zeit notwendig, abgängige Äste oder Bäume, die eine Gefahr für die Allgemeinheit darstellen, zu entfernen und gegebenenfalls zu ersetzen. Jedoch wäre ein prognostiziertes zunehmendes Verkehrsaufkommen mit einer Erhöhung der Immissionen und damit einer höheren Beeinträchtigung der betroffenen Schutzgüter durch Lärm und Abgase verbunden.

Weiterhin bestünde bei Nichtdurchführung die Gefahr, dass der Versiegelungsgrad und das Maß der baulichen Nutzung bezogen auf das gesamte Plangebiet weiter zunehmen. Diesem soll durch die Neuaufstellung des B-Plans steuernd entgegengewirkt werden.

2.3 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung (Wirkungsanalyse)

Die bestehende Bausubstanz im Plangebiet genießt Bestandsschutz. Erst im Rahmen der Umsetzung genehmigungspflichtiger Bauvorhaben ist zukünftig der Bestand an die Festsetzungen des B-Plans anzupassen. Hierbei kann es in Einzelfällen zu erheblichen Beeinträchtigungen kommen, wenn dabei zum Beispiel Biotoptypen der Wertstufe III und höher zerstört werden.

Insgesamt tritt durch diese Anpassung aber eine deutliche Verbesserung durch mögliche Entsiegelungen und Baumpflanzungen bezüglich der Schutzgüter ein (siehe folgende Kapitel).

Das im Osten des Geltungsbereichs gelegene Regenrückhaltebecken wird nicht überplant sondern als solches erhalten und als Parkanlage festgesetzt. Dieses gilt auch für den im Süden gelegenen Bach mit den angrenzenden Gehölzbeständen, Einzelbäumen und dem Spazierweg.

2.3.1 Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere“

Eine erhebliche Beeinträchtigung des Schutzguts „Tiere“ ist durch die Umsetzung des Bebauungsplans nicht zu erwarten. Es kommen zwar Tierarten der Wertstufen IV („von besonderer bis allgemeiner Bedeutung“) bis III („von allgemeiner Bedeutung“) im Plangebiet vor. Diese werden durch die Umsetzung des B-Plans jedoch nicht beeinträchtigt.

Damit ist die Beeinträchtigung des Schutzguts „Tiere“ durch die Umsetzung des Bebauungsplans DR/HO 67 „Porschestraße“ auch im Fall der Durchführung eines konkreten Bauvorhabens (Bauantrags) nicht eingriffsrelevant (vgl. BREUER 2002).

Die ökologische Funktion der von der Umsetzung des Bebauungsplans betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten vor allem der in Kapitel 2.1.1 aufgeführten im Plangebiet festgestellten Tierarten wird im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt. Verbotstatbestände im Sinne des § 44 Abs. 1 BNatSchG werden voraussichtlich nicht erfüllt, wenn etwaige Beseitigungen von Biotopen außerhalb der Brutzeit erfolgen. Erhebliche Beeinträchtigungen können auftreten, wenn Schnittmaßnahmen an Gehölzen oder die vollständige Beseitigung von Biotopen innerhalb des Zeitraums vom 1. März bis 30. September vorgenommen werden.

Es besteht daher kein Kompensationsbedarf für das Schutzgut Tiere.

Für den Baumbestand auf den Grundstücken beinhaltet die Neuaufstellung des B-Planes DR/HO 67 neue Festsetzungen, die jedoch grundstücksbezogen erst bei der Umsetzung konkreter Baumaßnahmen gültig werden. Der Ist-Zustand genießt solange Bestandsschutz.

In den textlichen Festsetzungen des B-Plans heißt es: „Innerhalb der Baugebiete ist je angefangene 1000 m² Grundstücksfläche mindestens ein mittelhoch bis hochwüchsiger, heimischer Laubbaum zu pflanzen, zu erhalten und bei Abgang zu ersetzen. Im Stammbereich der Bäume müssen jeweils mindestens 9 m² unversiegelt sein und vor Bodenverdichtung geschützt werden (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB)“.

Im Umsetzungsfall würde es damit zur Neupflanzung von Bäumen und damit zu einer Erhöhung des Baumbestandes im Plangebiet kommen. Dies hätte eine Verbesserung für das Schutzgut

„Tiere“ zur Folge, da vor allem Brutvögel diese Bäume dann als Brut- und Nahrungshabitat nutzen können.

2.3.2 Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Pflanzen“

Im Rahmen der Erfassung und Bewertung der Biotoptypen im Plangebiet wurden auf insgesamt rund 11.583,23 m² (5,94 % der Plangebietsfläche) Biotoptypen mit der Wertstufe III („von allgemeiner Bedeutung“) bzw. der Wertstufe IV („von besonderer bis allgemeiner Bedeutung“) ermittelt. Ein Großteil dieser höherwertigen Biotoptypen (auf insgesamt 4.634 m²) liegt in den Bereichen, die im B-Plan auf insgesamt rund als Parkanlage festgesetzt werden sollen. Mit einer Zerstörung dieser Bereiche durch eine Überplanung bzw. Überbauung ist daher nicht zu rechnen. Die übrigen auf einer Fläche von insgesamt rund 5.483 m² im Plangebiet vorhandenen Biotoptypen der Wertstufe III („von allgemeiner Bedeutung“) liegen im Bereich der überbaubaren Flächen. Eine Zerstörung dieser Biotoptypen wäre nach BREUER naturschutzfachlich als erhebliche Beeinträchtigung zu werten.

Die im Bereich des im Süden des Plangebiets gelegenen Baches und im Bereich des Rückhaltebeckens vorkommenden Pflanzen „von allgemeiner Bedeutung“ (Wertstufe III) werden durch die Umsetzung des B-Plans nicht beeinträchtigt.

Die ökologische Funktion der Lebensräume der im Plangebiet vorkommenden Pflanzenarten wird im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt. Verbotstatbestände im Sinne des § 44 Abs. 1 BNatSchG werden voraussichtlich nicht erfüllt.

Jede Beseitigung von in der Tabelle (Anhang 1) aufgeführten und in der Karte (Anhang 2) dargestellten Einzelbäume würde aus naturschutzfachlicher Sicht eine erhebliche und eingriffsrelevante Beeinträchtigung des Schutzgutes „Pflanzen“ darstellen. Diese Beeinträchtigung müsste in diesem Fall durch Neupflanzungen von Bäumen ausgeglichen werden, indem pro angefangene 50 cm Stammumfang des jeweils gefälltten Baumes ein neuer Baum gepflanzt wird.

Für den Baumbestand auf den Grundstücken beinhaltet die Neuauflistung des B-Planes DR/HO 67 neue Festsetzungen, die jedoch grundstücksbezogen erst bei der Umsetzung konkreter Baumaßnahmen gültig werden. Der Ist-Zustand genießt solange Bestandsschutz.

In den textlichen Angaben des B-Plans heißt es dazu unter Nr. 11: „Innerhalb der Baugebiete ist je angefangene 1000 m² Grundstücksfläche mindestens ein mittelhoch bis hochwüchsiger, heimischer Laubbaum zu pflanzen, zu erhalten und bei Abgang zu ersetzen. Im Stammbereich der Bäume müssen jeweils mindestens 9 m² unversiegelt sein und vor Bodenverdichtung geschützt werden. (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB)“.

Im Umsetzungsfall würde es damit zur Neupflanzung von Bäumen und so zu einer Erhöhung des Baumbestandes im Plangebiet kommen. Dies hätte eine Verbesserung für das Schutzgut „Pflanzen“ zur Folge.

2.3.3 Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter „Boden“ und „Wasser“

Insgesamt kann durch die praktische Umsetzung des B-Plans DR/HO 67 eine Verbesserung für die Schutzgüter „Boden“ und „Wasser“ eintreten. Denn langfristig wird das Maß der überbauten Fläche durch Entsiegelung auf ein Maß zu reduziert, das einer Grundflächenzahl von 0,8 entspricht.

Bezogen auf das gesamte Plangebiet ist auf diese Weise theoretisch eine Entsiegelung auf mindestens 13.312,09 m² (siehe Tabelle 1.1-1) möglich.

Im Plangebiet sind insgesamt 47.684,19 m² unversiegelte Flächen vorhanden. Eine zusätzliche Neuversiegelung dieser Bereiche wäre im konkreten Planungsfall bzw. bei entsprechender Ausführung einer Baumaßnahme aus naturschutzfachlicher Sicht als erhebliche und damit eingriffsrelevante Beeinträchtigung für die Schutzgüter „Boden“ und „Wasser“ zu beurteilen.

Im Bereich der als Parkanlage festgesetzten Bereiche ist nicht mit zusätzlichen Bodenversiegelungen zu rechnen.

Durch Bündelungswirkungen besteht kein zusätzlicher Kompensationsbedarf für die Schutzgüter.

2.3.4 Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Klima/Luft“

Auch für das Schutzgut „Klima/Luft“ liegt eine Erheblichkeit der Beeinträchtigung seiner Funktionen für den Naturhaushalt durch die Umsetzung der Bauleitplanung zunächst nicht vor. Erst im Rahmen der Durchführung von konkreten Baumaßnahmen, bei denen Teile der derzeit unversiegelten Flächen versiegelt würden, läge aus naturschutzfachlicher Sicht eine erhebliche Beeinträchtigung vor. Insbesondere gilt dieses für die Zerstörung der Biotoptypen „von Bedeutung“ (siehe Kapitel 2.1.5): BAZ, BRR, BRS, BZE, BZN, FXS, HSE, HSN, PHZ, SXS und WEB.

Analog zu den Ausführungen in Kapitel 2.3.3 zum Schutzgut „Boden“ und „Wasser“ treten, sofern entsprechende Bauanträge gestellt werden, langfristig Verbesserungen durch die praktische Umsetzung des B-Plans durch Entsiegelungen auf mindestens 13.312,09 m² ein. Durch diese Entsiegelung würde die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts bezogen auf das Schutzgut „Klima/Luft“ erhöht werden.

Im Plangebiet soll laut Bebauungsplan zukünftig pro 1000 m² Grundstücksfläche mindestens ein mittelhoch bis hochwüchsiger, heimischer Laubbaum wachsen, erhalten und bei Abgang zu ersetzt werden. Auch dieses hätte im Umsetzungsfall eine Verbesserung auch für das Schutzgut „Klima/Luft“ zur Folge.

Die negativen Eigenschaften des derzeitigen trocken-heißen Stadtklimas, hervorgerufen durch die starke Versiegelung und die relativ wenig vorhandenen Großbäume, werden durch diese Maßnahmen gemindert, und damit Verbesserungen für das Geländeklima durch eine dann kühl-feuchtere Prägung erzielt. Vor allem die Pflanzung der zusätzlichen Großbäume bewirkt auch eine Verbesserung der Luftqualität, denn die Bäume wirken als Staub- und Schadstofffilter und sie reichern die Luft mit Sauerstoff an, wobei die CO₂-Konzentration in der Luft gesenkt wird.

Im Bereich der als Parkanlage festgesetzten Bereiche treten keine Beeinträchtigungen auf.

2.3.5 Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Landschaft (Landschaftsbild bzw. Stadtbild)“

Auch für das Schutzgut „Landschaft (Landschaftsbild bzw. Stadtbild)“ liegt eine Erheblichkeit der Beeinträchtigung seiner Funktionen für den Naturhaushalt durch die Umsetzung der Bauleitplanung zunächst nicht vor. Diese können aus naturschutzfachlicher Sicht auftreten, wenn natürlichere Bereiche (insbesondere der Biotoptypen HSE, BZE, BAZ, FXS, SXS und WEB) und blütenreiche Ruderalfluren (der Biotoptypen URT, URF), die derzeit auf insgesamt 17.176,61 m² bestehen, durch Umwandlung oder Versiegelung zerstört würden.

Insbesondere als erhebliche Beeinträchtigung für das Schutzgut Landschaft (Landschaftsbild bzw. Stadtbild) wäre die Beseitigung von bestehenden Einzel- bzw. Großbäumen zu sehen.

Auch in Bezug auf das Schutzgut „Landschafts- bzw. Stadtbild“ ist festzustellen, dass auf Grund der textlichen Angaben des B-Plans durch die Pflanzung von Bäumen gemäß Nr. 9 der textlichen Festsetzungen langfristig eine Verbesserung für das Schutzgut „Landschaft (Landschaftsbild bzw. Stadtbild)“ eintritt.

Durch Bündelungswirkungen besteht kein Kompensationsbedarf für das Schutzgut.

2.3.6 Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „biologische Vielfalt“

Auch für das Schutzgut „biologische Vielfalt“ liegt eine Erheblichkeit der Beeinträchtigung seiner Funktionen für den Naturhaushalt durch die Umsetzung der Bauleitplanung zunächst nicht vor. Erst im Rahmen der Durchführung von konkreten Baumaßnahmen kann es zu aus naturschutzfachlicher Sicht erheblichen Beeinträchtigungen kommen. Diese können insbesondere

auftreten, wenn folgende, auf insgesamt 6.610,93 m² vorkommende Biotoptypen überplant würden (siehe Tabelle 2.3.6-1).

Die Baumpflanzungen gemäß Nr. 9 der textlichen Festsetzungen des B-Plans hätten im Umsetzungsfall eine Verbesserung für das Schutzgut „biologische Vielfalt“ zur Folge, sofern dabei autochthones (heimisches) Pflanzenmaterial verwendet wird.

Beeinträchtigungen der biologischen Vielfalt durch Vernichtung von wertgebenden Tierartenvorkommen treten nicht auf, wenn Gehölze außerhalb der Brutzeit gefällt werden.

Durch Bündelungswirkungen besteht kein Kompensationsbedarf für das Schutzgut.

Tab. 2.3.6-1: Biotoptypen, bei deren Zerstörung eine Erheblichkeit eines Eingriffs vorliegt

BAZ	Sonstiges Weiden-Ufergebüsch
BRR	Rubus-Gestrüpp
BRS	Sonstiges Sukzessionsgebüsch
BRU	Ruderalgebüsch
BZE	Ziergebüsch aus überwiegend einheimischen Gehölzarten
FXS	Stark ausgebauter Bach
HSE	Siedlungsgehölz aus überwiegend einheimischen Gehölzarten
SXS	Sonstiges naturfernes Staugewässer
URF	Ruderalflur frischer bis feuchter Standorte
URT	Ruderalflur trockenwarmer Standorte
WEB	Erlen- und Eschenwald in Bachauen des Berg- und Hügellandes

2.3.7 Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Mensch und seine Gesundheit und die Bevölkerung“

Bewertung der Erheblichkeit der Umweltauswirkungen auf die menschliche Gesundheit sowie die Wohn- und Wohnumfeldfunktion

Bewertung der Erheblichkeit der Umweltauswirkungen auf die menschliche Gesundheit sowie die Wohn- und Wohnumfeldfunktion

Eine der Grundpflichten einer Gemeinde bei der Aufstellung eines Bebauungsplanes ist dafür zu sorgen, dass den allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse Rechnung getragen wird (§ 1 Absatz 6 Satz 1 Nr. 1 BauGB). Auch im BImSchG wird der Schutzanspruch der Wohnnutzung definiert.

Auf Grund der starken Vorbelastung und der vorherrschenden Situation im Planungsraum und der angrenzenden Bereiche erarbeitet das Schallgutachten eine Emissionskontingentierung zur Begrenzung der zulässigen Geräuschemissionen mit dem Ziel, an der betroffenen schutzwürdigen Nachbarschaft aus schalltechnischer Sicht ein verträgliches Miteinander zu ermöglichen (TÜV NORD 2011).

Folgende einzuhaltende Emissionskontingente (siehe Abb. 2.3.8-1) wurden für die Teilbereiche des Plangebiets des B-Plans DR/HO 67 festgelegt. Sie führen zu geringen Zusatzbelastungen (TÜV NORD 2011).

Gebiet	Emissionskontingent L _{EK}	
	tagsüber	nachts
Industriegebiet (GI)	63 dB(A)/m²	46 dB(A)/m²

Abb. 2.3.7-1: Einzuhaltende Emissionskontingente im Plangebiet des B-Plans DR/HO 67 (Quelle: TÜV NORD 2011).

Durch die Zielwerte der Gesamtbelastung (Summe aus Vorbelastung und Zusatzbelastung) ist eine Überschreitung der in der DIN 18005 für die jeweiligen Gebietseinstufungen angegebenen Orientierungswerte von in der Tageszeit um 3 dB(A) und in der Nachtzeit um 2 dB(A) gegeben, die auf Grund der örtlichen Gegebenheiten und des Bestands tolerabel ist. Die Kontingentierung mit dieser Zusatzbelastung basiert auf der beiderseitigen Pflicht von Anwohnern und Gewerbetreibenden zur Rücksichtnahme und Duldung. Die zukünftige, plangegebene Gesamtbelastung bleibt teilweise deutlich unterhalb des in Mischgebieten für die Nachtzeit einzuhaltenden Immissionsrichtwertes von 45 dB(A). Eine für das Wohnen unzuträgliche Belastung ist somit nicht gegeben. Daher werden die vorgeschlagenen plangegebenen Immissionspegel als zulässig angesehen (TÜV NORD 2011).

Für betriebsgebundenes Wohnen, Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsgebäude in den festgesetzten SO/GE-Gebieten wird die Pflicht zum schalltechnischen Selbstschutz auferlegt. Dazu ist im Baugenehmigungsverfahren nachzuweisen, dass die entsprechenden Anforderungen innerhalb der Gebäude durch geeignete bauliche Maßnahmen gewährleistet sind (TÜV NORD 2011).

Auf Grundlage des schalltechnischen Gutachtens des TÜV NORD (2011) und der obigen Ausführungen sind die Beeinträchtigungen des Schutzgutes Mensch durch die Schallemissionen, die durch die Umsetzung des B-Plans DR/HO 67 hervorgerufen werden, als nicht erheblich im Sinne der Eingriffsregelung zu beurteilen.

Auch durch Bündelungswirkungen besteht daher kein Kompensationsbedarf für das Schutzgut.

2.3.8 Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Kultur- und Sachgüter“

Da Kultur- und Sachgüter im Einwirkungsbereich des Bebauungsplans DR/HO 67 „Porschestraße“ nicht vorhanden sind, liegt keine Beeinträchtigung dieses Schutzgutes vor.

2.3.9 Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen auf die Erhaltungsziele und den Schutzzweck von Schutzgebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung nach Bundesnaturschutzgesetz

Schutzgebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung nach Bundesnaturschutzgesetz, sogenannte FFH- bzw. NATURA2000-Gebiete, befinden sich nicht im Einwirkungsbereich des Bebauungsplans DR/HO 67 „Porschestraße“. Auch Naturschutz-, Landschaftsschutzgebiete oder Gebiete anderer Schutzgebietskategorien nach BNatSchG werden durch den Bebauungsplan nicht beeinflusst.

2.4 Zusammenfassende Gesamtbewertung des Vorhabens und Eingriffsbeurteilung

Folgende zusammenfassende Erläuterungen beziehen sich auf die Abschnitte 2.3.1-2.3.9.

Durch die Umsetzung des Bebauungsplans DR/HO 67 „Porschestraße“ sind zunächst keine erheblichen Beeinträchtigungen zu erwarten. Die bestehende Bausubstanz genießt Bestandsschutz. Erst wenn von den Anliegern im Plangebiet konkrete genehmigungspflichtige Bauprojekte im Sinne von Veränderungen der bestehenden Bebauung beantragt werden, können damit aus naturschutzfachlicher Sicht erhebliche Beeinträchtigungen der Schutzgüter „Pflanzen“, „Boden“, „Wasser“, „Klima/Luft“, „Landschafts- bzw. Stadtbild“, „biologische Vielfalt“ und „Mensch“ verbunden sein.

Gemäß § 1a Abs. 3 Satz 5 BauGB ist ein Ausgleich für etwaige aus naturschutzfachlicher Sicht erhebliche Beeinträchtigungen der oben genannten Schutzgüter im Plangebiet rechtlich nicht erforderlich, da dieser Eingriff bereits vor der planerischen Entscheidung (des jetzt im Verfahren befindlichen B-Plans) zulässig war (STADT HILDESHEIM 2010, schriftlich).

Die Bilanzierung dieses potenziellen Eingriffs im Fall einer konkreten Baumaßnahme wurde trotzdem vorgenommen, da gem. § 1a Abs. 3 Satz 1 die Vermeidung (auch wenn kein Ausgleich erforderlich ist) in die planerische Abwägung einzustellen ist.

Insgesamt tritt, wie in den vorigen Kapiteln beschrieben, langfristig jedoch eine Verbesserung bezüglich der Schutzgüter „Tiere“, „Pflanzen“, „Boden“, „Wasser“, „Landschafts- bzw. Stadtbild“, „biologische Vielfalt“ sowie „Mensch“ ein, denn es besteht zukünftig bei allen genehmigungspflichtigen Bauvorhaben im Geltungsbereich des B-Planes DR/HO 67 die Möglichkeit zur Bodenentsiegelung auf ein Maß, das einer GRZ von 0,8 entspricht. Zusätzlich kann pro 1000 m² Grundstücksfläche je ein heimischer Großbaum gepflanzt werden. Dieses bewirkt im Falle neuer genehmigungspflichtiger Bauvorhaben langfristig eine Verbesserung für die Schutzgüter durch die praktische Umsetzung der B-Planung.

2.5 Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich nachteiliger Auswirkungen

2.5.1 Beschreibung von Maßnahmen zur Vermeidung von Emissionen sowie der sachgerechte Umgang mit Abfällen und Abwässern

Während der Umsetzung von zukünftig geplanten Baumaßnahmen sind bei den Bauarbeiten anfallende Abfälle durch die ausführenden Firmen von der Baustelle zu entfernen und ortsüblich zu entsorgen. Der Umgang mit Schmierstoffen und Betriebsstoffen für Maschinen und Geräte hat so zu erfolgen, dass davon keine Gefährdung für die Umwelt ausgeht.

Mit besonderen anlage- bzw. betriebsbedingten Emissionen bzw. besonderen abfalltechnischen oder abwassertechnischen Situationen ist durch die Umsetzung des B-Planes nicht zu rechnen.

Zur Vermeidung unzulässiger und damit im Sinne der Eingriffsregelung erheblicher Schallemissionen durch die Betriebe (siehe Kapitel 2.3.7) müssen die Emissionskontingente laut Abb. 2.3.7-1 eingehalten werden.

Im Rahmen möglicher Bodenentsiegelungen ist auf mögliche Kontaminationen im Boden zu achten (Bodenanalysen). Sollten durch Entsiegelungen kontaminierte Bereiche freigelegt werden, die dann z. B. eine Gefahr für das Grundwasser darstellen würden, so wäre dieses durch geeignete Maßnahmen zu vermeiden.

2.5.2 Berücksichtigung der Bodenschutzklausel nach § 1a BauGB

Das beabsichtigte Vorhaben bzw. die Neufestsetzung des Bebauungsplans DR/HO 67 entspricht den Vorgaben der Bodenschutzklausel gemäß § 1a Abs. 2 BauGB, denn die damit verbundene rechtliche Anpassung in Bezug auf das maximal zulässige Maß der baulichen Nutzung gemäß BauNVO führt im Fall von entsprechenden Bauanträgen langfristig zu einer Verringerung der überbauten bzw. versiegelten Fläche durch die Entsiegelung von derzeit versiegelten Flächen auf das Maß einer GRZ von 0,8.

Mit der Neuversiegelung von derzeit unversiegelten Flächen ist nach derzeitigem Kenntnisstand nicht zu rechnen.

2.5.3 Beschreibung von Maßnahmen zur Vermeidung und Verringerung erheblicher Beeinträchtigungen der Schutzgüter

Im Sinne des Vermeidungsgebotes im Rahmen der Eingriffsregelung sollten mindestens die Biotoptypenflächen der Wertstufe III und IV bei der Umsetzung von Baumaßnahmen weitgehend erhalten bleiben.

Erhebliche Beeinträchtigungen auf die Schutzgüter „Tiere“, „Pflanzen“, „Boden“, „Wasser“, „Klima/Luft“, „Landschafts- bzw. Stadtbild“ und „biologische Vielfalt“ und „Mensch“ können vermieden werden, wenn die im Plangebiet bestehenden 230 Einzelbäume, die bestehenden Gehölze, Gebüsch, die Bereiche des Rückhaltebeckens mit seinen direkt angrenzenden Flächen, der Bach im Süden mit dem dortigen fragmentarischen Erlen- und Eschenwald und die sonstigen Grünflächen erhalten bleiben. Dieses betrifft Flächen von insgesamt 14.095,48 m² (Biotoptypen der Wertstufen III und IV).

Zur Verringerung zusätzlicher erheblicher Beeinträchtigungen im Hinblick auf den Artenschutz sollten nötige Schnittmaßnahmen an Gehölzen oder die vollständige Beseitigung von Gehölzen nur außerhalb des Zeitraums vom 1. März bis 30. September vorgenommen werden (§ 39 Abs. 5 Nr. 2 BNatSchG).

Diese Verringerungsmaßnahmen wirken sich auch positiv auf das Schutzgut „biologische Vielfalt“ aus.

Weitere erhebliche Beeinträchtigungen können vermieden werden, wenn bestehende unversiegelte Flächen erhalten bleiben.

Eine zusätzliche Beeinträchtigung der Schutzgüter „Boden“, „Wasser“ und „Klima/Luft“ kann verringert werden, indem die Neuversiegelung von derzeit unversiegelten Flächen im Plangebiet so weit wie möglich minimiert wird.

Mit der Begrenzung der absoluten Bauhöhe der Gebäude im Plangebiet wird eine Verstärkung der Beeinträchtigung des Schutzgutes „Landschafts-/ bzw. Stadtbild“ vermieden.

Zur Vermeidung unzulässiger und damit im Sinne der Eingriffsregelung erheblicher Schallemissionen durch die Betriebe (siehe Kapitel 2.3.7) müssen die Emissionskontingente laut Abb. 2.3.7-1 eingehalten werden.

Sofern die Vermeidungsmaßnahmen in vollem Umfang umgesetzt und wirksam werden entsteht zum derzeitigen Kenntnisstand kein Kompensationsbedarf.

Durch den Erhalt der Einzelbäume im Plangebiet können erhebliche Beeinträchtigungen und somit Ausgleichsbedarf vermieden werden.

Im Fall der Umsetzung genehmigungspflichtiger Baumaßnahmen auf den einzelnen Grundstücken könnte durch Flächenentsiegelungen auf insgesamt 13.312,09 m² und Baumpflanzungen theoretisch ein Aufwertungspotenzial entstehen.

2.5.4 Beschreibung von unvermeidbaren, erheblichen Auswirkungen auf die jeweiligen Schutzgüter

Unvermeidbare aus naturschutzfachlicher Sicht erhebliche Beeinträchtigungen auf die Schutzgüter können durch Neuversiegelungen sowie durch die Beseitigung von Biotoptypen der Wertstufen III und der weiteren Gehölzstrukturen und Ruderalfluren auftreten. Auch die Beseitigung von Einzelbäumen wäre naturschutzfachlich als erheblich anzusehen.

Gemäß § 1a Abs. 3 Satz 5 BauGB ist ein Ausgleich für etwaige aus naturschutzfachlicher Sicht erhebliche Beeinträchtigungen der Schutzgüter im Plangebiet rechtlich nicht erforderlich, da dieser Eingriff bereits vor der planerischen Entscheidung (des jetzt im Verfahren befindlichen B-Plans) zulässig war.

Es besteht kein Kompensationsbedarf.

2.5.5 Entwicklung von Maßnahmen zum Ausgleich erheblicher, nachteiliger Auswirkungen auf die Schutzgüter

Die Entwicklung von Maßnahmen zum Ausgleich erheblicher, nachteiliger Auswirkungen auf die Schutzgüter im Rahmen des Umweltberichts war nicht erforderlich, da erhebliche Beeinträchtigungen derzeit nicht zu erwarten sind bzw. vermieden werden können.

2.5.6 Durch vorgeschlagene Maßnahmen erzielbare Kompensationswirkung und Eingriffsbilanz

Da kein Kompensationsbedarf besteht, sind derzeit keine Maßnahmen zum Ausgleich erforderlich und ist somit keine Bilanzierung durchzuführen.

2.5.7 Prüfung in Betracht kommender, anderweitiger Planungsmöglichkeiten (Alternativen)

Planerische Alternativen kommen auf Grund der existierenden Bebauung und den weiteren örtlichen Gegebenheiten sowie den relevanten rechtlichen und planerischen Vorgaben nicht in Betracht.

3 Zusätzliche Angaben

3.1 Beschreibung der wichtigsten Merkmale der verwendeten technischen Verfahren

Spezielle technische Verfahren waren zur Erarbeitung des vorliegenden Umweltberichts nicht nötig und kamen daher nicht zur Anwendung.

3.2 Schwierigkeiten, die bei der Zusammenstellung der Angaben aufgetreten sind

Es traten keine besonderen Schwierigkeiten bei der Erarbeitung des vorliegenden Umweltberichts auf.

3.3 Beschreibung der geplanten Maßnahmen zur Überwachung der erheblichen Umweltauswirkungen der Durchführung des Bauleitplans auf die Umwelt (Monitoring)

Im Rahmen eines durchzuführenden Monitorings ist zu kontrollieren und sicherzustellen, dass die zu vermeidenden erheblichen Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter (siehe Kapitel 2.5.4) auch tatsächlich dauerhaft vermieden werden bzw. die Maßnahmen zur Vermeidung erheblicher Umweltauswirkungen tatsächlich umgesetzt werden und dauerhaft wirksam sind.

Es ist ebenfalls zu kontrollieren und sicherzustellen, dass bestehende sowie als Ausgleichsmaßnahme ggf. neu zu pflanzende Bäume erhalten bzw. im Falle der Abgängigkeit ersetzt werden.

Der Grad der Versiegelung im Plangebiet sollte langfristig beobachtet werden.

Ebenfalls kann das Einhalten der Schallemissionskontingente durch periodisch wiederholte Schallmessungen kontrolliert werden.

3.4 Allgemeinverständliche Zusammenfassung

Die Stadt Hildesheim plant mit der Aufstellung des Bebauungsplans DR/HO 67 „Porschestraße“ die Überarbeitung des bestehenden Bebauungsplans. Hiermit soll der Rahmen für die rechtsverbindliche Umsetzung der Zielvorstellungen des Märkte- und Zentrenkonzepts (Einzelhandelskonzept) der Stadt Hildesheim, das inzwischen in den neuen Flächennutzungsplan der Stadt Hildesheim eingegangen ist, geschaffen werden. Gleichzeitig soll eine Aktualisierung der Festsetzungen bezüglich konkretisierter Aussagen und Regulierungen zur Art und zum Maß der baulichen Nutzung nach aktuellem Recht erfolgen.

Der vorliegende Umweltbericht stellt einen gesonderten Teil der Begründung zu dem Bebauungsplan dar. Er ermittelt, beschreibt und bewertet die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen auf die einschlägigen Schutzgüter, die durch die Umsetzung des Bebauungsplans auftreten. Darauf aufbauend werden Maßnahmen entwickelt, beschrieben und dargestellt, die dazu dienen, eventuelle erhebliche, nachteilige Umweltauswirkungen zu vermeiden, zu verringern oder auszugleichen.

Durch bestehende Nutzung im Plangebiet, bestehende verkehrsbedingte Beeinträchtigungen, auch durch die Autobahn und die südlich an das Plangebiet angrenzende Bahnstrecke sowie einen sehr hohen Anteil versiegelter Flächen im Gebiet, sind die möglichen Beeinträchtigungen durch die Umsetzung des B-Plans DR/HO 67 „Porschestraße“ eher gering. Erhebliche Beeinträchtigungen können vermieden werden.

Die bestehende Bausubstanz im Plangebiet genießt Bestandsschutz. Erst wenn durch die Anlieger genehmigungspflichtige Baumaßnahmen auf den einzelnen Grundstücken beantragt werden bzw. umgesetzt werden sollen, erfährt das Plangebiet langfristig eine Aufwertung.

4 Literaturverzeichnis

- ALAND - ARBEITSGEMEINSCHAFT LANDSCHAFTSÖKOLOGIE (2007): Erfassung und Bewertung des Landschaftsbildes für das Gebiet der Stadt Hildesheim im Rahmen der Fortschreibung des Landschaftsrahmenplanes. Hannover.
- BIERHALS, E., VON DRACHENFELS, O. & M. RASPER (2004): Wertstufen und Regenerationsfähigkeit der Biotoptypen in Niedersachsen. Heft 4/2004. 231-240. NLO. Hildesheim.
- BREUER, W. (1994): Naturschutzfachliche Hinweise zur Anwendung der Eingriffsregelung in der Bauleitplanung. Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen. Heft 1/1994. 1-60. NLO. Hildesheim.
- BREUER, W. (2002): Leitlinie Naturschutz und Landschaftspflege in Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz. Herausgegeben vom Niedersächsischen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen. Heft 2/2002. 57-136. NLO. Hildesheim.
- CIMA (2008): Einzelhandelskonzept für die Stadt Hildesheim – Aktualisierung des Märkte- und Zentrenkonzeptes. Endbericht für den Auftraggeber. Lübeck.
- DRACHENFELS, O. V. (1996): Rote Liste der gefährdeten Biotoptypen in Niedersachsen. Naturschutz Landschaftspfl. Niedersachsen. Heft 34. 1-146. NLO. Hannover.
- DRACHENFELS, O. V. (2004): Kartierschlüssel für Biotoptypen in Niedersachsen unter besonderer Berücksichtigung der nach § 28a und § 28b NNatG geschützten Biotope sowie der Lebensraumtypen von Anhang I der FFH-Richtlinie, Stand März 2004. Naturschutz Landschaftspfl. Niedersachsen. Heft A/4. 1-240. Hildesheim.
- KAISER, T. & D. ZACHARIAS (2003): PNV-Karten für Niedersachsen auf Basis der BÜK 50 – Arbeitshilfe zur Erstellung aktueller Karten der heutigen potenziellen natürlichen Vegetation anhand der Bodenkundlichen Übersichtskarte 1:50.000. Informationsd. Naturschutz Niedersachs. Heft 1/2003. 2-60. NLO. Hildesheim.
- KÖHLER, B. & A. PREIß (2000): Erfassung und Bewertung des Landschaftsbildes. Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen. Heft 1/2000. 1-60. NLO. Hildesheim.
- KRÜGER, T. & B. OLTMANNS (2007): Rote Liste der in Niedersachsen und Bremen gefährdeten Brutvögel – 7. Fassung, Stand 2007. Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen, Heft 3/2007, 131-175. NLWKN. Hannover
- LANDKREIS HILDESHEIM (1993): Landschaftsrahmenplan Landkreis Hildesheim. 367 S. Landkreis Hildesheim. Hildesheim.
- LANDKREIS HILDESHEIM (2001): Regionales Raumordnungsprogramm. 156 S. Hildesheim.
- STADT HILDESHEIM (2000): Landschaftsplan Hildesheim – Erläuterungsbericht und Kartendarstellungen. Hildesheim.
- STADT HILDESHEIM (2009): Beschlussvorlage Nr. 09/269.- Bebauungsplan DR/HO 67 „Porschestraße“ –Aufstellungsbeschluss. Hildesheim.
- STADT HILDESHEIM (2010): Flächennutzungsplan der Stadt Hildesheim; Stand 16.02.2010.
- STADT HILDESHEIM (2010, schriftl.): Schriftliche Mitteilung der Unteren Naturschutzbehörde.
- STADT HILDESHEIM (2011, schriftl.): Schriftliche Mitteilung der Unteren Naturschutzbehörde.

TÜV NORD Umweltschutz GmbH & Co. KG (2011): Schalltechnische Untersuchung im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens DR/HO 67 „Porschestraße“ der Stadt Hildesheim der Stadt Hildesheim. 15 S. Hannover

Normen, Gesetze und Richtlinien

BauGB	Baugesetzbuch in der Fassung vom 31.07.2009
BauNVO	Baunutzungsverordnung in der Fassung vom 22.04.1993
BBodSchG	Bundesbodenschutzgesetz in der Fassung vom 9.12.2004
BImSchG	Bundesimmissionsschutzgesetz in der Fassung vom 26.11.2010
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz in der Fassung vom 29.07.2009
DIN 18 005	„Schallschutz im Städtebau“ Teil 1 Ausgabe 2002
Landschaftsschutzsatzung	Satzung zum Schutz von schützenswerten Landschaftsbestandteilen in der Stadt Hildesheim in der Fassung vom 16.12.2002
NAGBNatSchG	Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz in der Fassung vom 19.02.2010

5 Anhänge

FLU Planungsgemeinschaft GbR, 31073 Delligsen
Umweltbericht zum Bebauungsplan DR/HO 67 "Porschestraße"

Anhang 1: Bestand der Einzelbäume im Plangebiet

Nr. in Karte	Art (abgek.)	Art (lat.)	Art (dt.)	Stamm- umfang [m]	Kartierer	Nr. Erfassung FLU	Nr. Baum- kataster HI
0	Ap	Acer platanoides	Spitzahorn	0,65	FLU	767	
1	Ap	Acer platanoides	Spitzahorn	0,65	FLU	768	
2	Ap	Acer platanoides	Spitzahorn	0,65	FLU	769	
3	Ap	Acer platanoides	Spitzahorn	0,65	FLU	770	
4	Ap	Acer platanoides	Spitzahorn	0,65	FLU	771	
5	Ap	Acer platanoides	Spitzahorn	0,65	FLU	772	
6	Ap	Acer platanoides	Spitzahorn	0,65	FLU	773	
7	Ap	Acer platanoides	Spitzahorn	0,65	FLU	774	
8	Ap	Acer platanoides	Spitzahorn	0,65	FLU	775	
9	Ap	Acer platanoides	Spitzahorn	0,65	FLU	776	
10	Ap	Acer platanoides	Spitzahorn	0,65	FLU	777	
11	Ap	Acer platanoides	Spitzahorn	0,65	FLU	778	
12	Ap	Acer platanoides	Spitzahorn	0,65	FLU	779	
13	Ap	Acer platanoides	Spitzahorn	0,65	FLU	780	
14	Ap	Acer platanoides	Spitzahorn	0,65	FLU	761	
15	Ap	Acer platanoides	Spitzahorn	0,65	FLU	762	
16	Ap	Acer platanoides	Spitzahorn	0,65	FLU	763	
17	Ap	Acer platanoides	Spitzahorn	0,65	FLU	764	
18	Ap	Acer platanoides	Spitzahorn	0,65	FLU	765	
19	Ap	Acer platanoides	Spitzahorn	0,65	FLU	766	
20	Ap	Acer platanoides	Spitzahorn	0,65	FLU	749	
21	Ap	Acer platanoides	Spitzahorn	0,65	FLU	750	
22	Ap	Acer platanoides	Spitzahorn	0,65	FLU	751	
23	Ap	Acer platanoides	Spitzahorn	0,65	FLU	752	
24	Ap	Acer platanoides	Spitzahorn	0,65	FLU	753	
25	Ap	Acer platanoides	Spitzahorn	0,65	FLU	754	
26	Ap	Acer platanoides	Spitzahorn	0,65	FLU	755	
27	Ap	Acer platanoides	Spitzahorn	0,65	FLU	756	
28	Ap	Acer platanoides	Spitzahorn	0,65	FLU	757	
29	Ap	Acer platanoides	Spitzahorn	0,65	FLU	758	
30	Ap	Acer platanoides	Spitzahorn	0,65	FLU	759	
31	Ap	Acer platanoides	Spitzahorn	0,65	FLU	760	
32	Ap	Acer platanoides	Spitzahorn	0,85	FLU	748	
33	Ap	Acer platanoides	Spitzahorn	0,70	FLU	747	
34	Ap	Acer platanoides	Spitzahorn	0,75	FLU	746	
35	Ap	Acer platanoides	Spitzahorn	0,75	FLU	745	
36	Ap	Acer platanoides	Spitzahorn	0,85	FLU	744	
37	Fe	Fraxinus excelsior	Gemeine Esche	0,75	FLU	739	
38	Qr	Quercus robur	Stieleiche	1,55	FLU	163	
39	Ag	Alnus glutinosa	Schwarzerle	0,55	FLU	700	
40	Ag	Alnus glutinosa	Schwarzerle	1,10	FLU	702	
41	Ag	Alnus glutinosa	Schwarzerle	1,55	FLU	704	
42	Ag	Alnus glutinosa	Schwarzerle	0,55	FLU	705	
43	Ag	Alnus glutinosa	Schwarzerle	2,80	FLU	708	
44	Fe	Fraxinus excelsior	Gemeine Esche	0,80	FLU	709	
45	Ag	Alnus glutinosa	Schwarzerle	2,85	FLU	710	
46	Ag	Alnus glutinosa	Schwarzerle	2,30	FLU	711	
47	Sal	Salix alba	Silberweide	2,20	FLU	712	
48	Sal	Salix alba	Silberweide	1,95	FLU	713	
49	Ag	Alnus glutinosa	Schwarzerle	1,65	FLU	715	
50	Fe	Fraxinus excelsior	Gemeine Esche	0,75	FLU	726	
51	Ag	Alnus glutinosa	Schwarzerle	0,50	FLU	727	
52	Aps	Acer pseudoplatanus	Bergahorn	<0,50	FLU	729	
53	Ag	Alnus glutinosa	Schwarzerle	0,70	FLU	728	
54	Aps	Acer pseudoplatanus	Spitzahorn	1,00	FLU	736	
55	Fe	Fraxinus excelsior	Gemeine Esche	0,55	FLU	738	
56	Fe	Fraxinus excelsior	Gemeine Esche	0,60	FLU	740	
57	Ag	Alnus glutinosa	Schwarzerle	1,15	FLU	742	
58	Ag	Alnus glutinosa	Schwarzerle	0,55	FLU	741	
59	Ag	Alnus glutinosa	Schwarzerle	0,80	FLU	706	
60	Tc	Tilia cordata	Winterlinde	2,15	FLU	803	
61	Bp	Betula pendula	Hängebirke	0,80	FLU	802	
62	Bp	Betula pendula	Hängebirke	0,90	FLU	801	
63	Ah	Aesculus hippocastanum	Roskastanie	2,85	FLU	805	
64	Ah	Aesculus hippocastanum	Roskastanie	2,75	FLU	806	
65	Ah	Aesculus hippocastanum	Roskastanie	>2,00	FLU	807	
66	Pav	Prunus avium	Vogelkirsche	>1,00	FLU	808	
67	Sc	Salix caprea	Salweide	0,90	FLU	800	
68	Bp	Betula pendula	Hängebirke	1,50	FLU	916	
69	Bp	Betula pendula	Hängebirke	0,70	FLU	917	

FLU Planungsgemeinschaft GbR, 31073 Delligsen
Umweltbericht zum Bebauungsplan DR/HO 67 "Porschestraße"

Anhang 1: Bestand der Einzelbäume im Plangebiet

Nr. in Karte	Art (abgek.)	Art (lat.)	Art (dt.)	Stamm- umfang [m]	Kartierer	Nr. Erfassung FLU	Nr. Baum- kataster HI
70	Bp	Betula pendula	Hängebirke	0,80	FLU	922	
71	Pav	Prunus avium	Vogelkirsche	1,30	FLU	103	
72	Pa	Picea abies	Gemeine Fichte	1,30	FLU	104	
73	Pav	Prunus avium	Vogelkirsche	>1,00	FLU	809	
74	Ps	Pinus sylvestris	Waldkiefer	0,75	FLU		
75	Pa	Picea abies	Gemeine Fichte	1,50	FLU	901	
76	Bp	Betula pendula	Hängebirke	1,20	FLU	127	
77	Pa	Picea abies	Gemeine Fichte	1,30	FLU	237	
78	SmT	Salix matsudana 'Tortuosa'	Korkenzieherweide	2,00	FLU	235	
79	Ah	Aesculus hippocastanum	Roskastanie	2,10	FLU	234	
80	Ppg	Picea pungens glauca	Blaufichte	1,55	FLU	126	
81	Pst	Pinus strobus	Weymouth-Kiefer	1,15	FLU	153	
82	Aps	Acer pseudoplatanus	Spitzahorn	1,40	FLU	134	
83	Pa	Picea abies	Gemeine Fichte	0,90	FLU	133	
84	Fe	Fraxinus excelsior	Gemeine Esche	0,50	FLU	229	
85	Fe	Fraxinus excelsior	Gemeine Esche	0,90	FLU	232	
86	Fe	Fraxinus excelsior	Gemeine Esche	0,80	FLU	233	
87	Sc	Salix caprea	Salweide	4,00	FLU	731	
88	Sal	Salix alba	Silberweide	1,05	FLU	720	
89	Cl	Chamaecyparis lawsoniana	Scheinzypresse	0,95	FLU	158	
90	Pm	Pseudotsuga menziesii	Douglasie	0,85	FLU	160	
91	Pa	Picea abies	Gemeine Fichte	0,90	FLU	157	
92	Pa	Picea abies	Gemeine Fichte	0,90	FLU	136	
93	Bp	Betula pendula	Hängebirke	0,90	FLU	139	
94	Bp	Betula pendula	Hängebirke	0,80	FLU	140	
95	Pa	Picea abies	Gemeine Fichte	0,40	FLU	137	
96	Aps	Acer pseudoplatanus	Spitzahorn	0,90	FLU	209	
97	Sc	Salix caprea	Salweide	1,20	FLU	216	
98	Aps	Acer pseudoplatanus	Spitzahorn	1,10	FLU	213	
99	Aps	Acer pseudoplatanus	Spitzahorn	0,95	FLU	212	
100	Bp	Betula pendula	Hängebirke	1,00	FLU	109	
101	Pav	Prunus avium	Vogelkirsche	1,20	FLU	101	
102	Pav	Prunus avium	Vogelkirsche	1,20	FLU	100	
103	Bp	Betula pendula	Hängebirke	1,00	FLU	146	
104	Ap	Acer platanoides	Spitzahorn	1,35	FLU	166	
105	Fs	Fagus sylvatica	Rotbuche	1,15	FLU	167	
106	Pst	Pinus strobus	Weymouth-Kiefer	1,30	FLU	151	
107	Pw	Pinus wallichiana	Tränen-Kiefer	1,40	FLU	152	
108	Bpa	Betula papyrifera	Papierbirke	1,15	FLU	155	
109	Pa	Picea abies	Gemeine Fichte	0,85	FLU	149	
110	Pa	Picea abies	Gemeine Fichte	1,20	FLU	150	
111	Ppg	Picea pungens glauca	Blaufichte	0,80	FLU	147	
112	Pa	Picea abies	Gemeine Fichte	0,70	FLU	138	
113	Fe	Fraxinus excelsior	Gemeine Esche	<0,50	FLU	228	
114	Aps	Acer pseudoplatanus	Bergahorn	<0,50	FLU	227	
115	Pa	Picea abies	Gemeine Fichte	0,65	FLU	231	
116	Fe	Fraxinus excelsior	Gemeine Esche	0,50	FLU	230	
117	SmT	Salix matsudana 'Tortuosa'	Korkenzieherweide	1,35	FLU	236	
118	Fs	Fagus sylvatica	Rotbuche	0,85	FLU	168	
119	Fs	Fagus sylvatica	Rotbuche	1,20	FLU	169	
120	Fs	Fagus sylvatica	Rotbuche	1,65	FLU	170	
121	Pa	Picea abies	Gemeine Fichte	0,50	FLU	108	
122	Sc	Salix caprea	Salweide	2,20	FLU	102	
123	Sc	Salix caprea	Salweide	2,30	FLU	105	
124	Am	Acer monspessulanum	Burgenahorn	1,30	FLU	106	
125	Ps	Pinus sylvestris	Waldkiefer	1,20	FLU	107	
126	Pa	Picea abies	Gemeine Fichte	0,75	FLU	128	
127	Bp	Betula pendula	Hängebirke	<0,50	FLU	129	
128	Pa	Picea abies	Gemeine Fichte	0,50	FLU	130	
129	Bp	Betula pendula	Hängebirke	1,50	FLU	131	
130	Bp	Betula pendula	Hängebirke	1,40	FLU	132	
131	Pa	Picea abies	Gemeine Fichte	0,90	FLU	135	
132	Pav	Prunus avium	Vogelkirsche	0,50	FLU	141	
133	Cl	Chamaecyparis lawsoniana	Scheinzypresse	0,90	FLU	142	
134	Cl	Chamaecyparis lawsoniana	Scheinzypresse	1,05	FLU	143	
135	Cl	Chamaecyparis lawsoniana	Scheinzypresse	0,95	FLU	144	
136	Cl	Chamaecyparis lawsoniana	Scheinzypresse	0,75	FLU	145	
137	Sc	Salix caprea	Salweide	0,95	FLU	148	
138	Pst	Pinus strobus	Weymouth-Kiefer	1,25	FLU	154	
139	Sa	Sorbus aucuparia	Eberesche	0,75	FLU	156	

FLU Planungsgemeinschaft GbR, 31073 Delligsen
Umweltbericht zum Bebauungsplan DR/HO 67 "Porschestraße"

Anhang 1: Bestand der Einzelbäume im Plangebiet

Nr. in Karte	Art (abgek.)	Art (lat.)	Art (dt.)	Stamm- umfang [m]	Kartierer	Nr. Erfassung FLU	Nr. Baum- kataster HI
140	Bp	Betula pendula	Hängebirke	0,75	FLU	159	
141	Pa	Picea abies	Gemeine Fichte	0,85	FLU	161	
142	Aps	Acer pseudoplatanus	Spitzahorn	0,85	FLU	162	
143	Ap	Acer platanoides	Spitzahorn	<0,50	FLU	164	
144	Pm	Pseudotsuga menziesii	Douglasie	1,00	FLU	165	
145	Ld	Larix decidua	Europäische Lärche	1,10	FLU	171	
146	Fs	Fagus sylvatica	Rotbuche	1,30	FLU	172	
147	Fs	Fagus sylvatica	Rotbuche	0,80	FLU	173	
148	Fs	Fagus sylvatica	Rotbuche	<0,50	FLU	174	
149	Fs	Fagus sylvatica	Rotbuche	0,85	FLU	175	
150	Fs	Fagus sylvatica	Rotbuche	0,80	FLU	176	
151	Ld	Larix decidua	Europäische Lärche	0,85	FLU	177	
152	Fs	Fagus sylvatica	Rotbuche	0,80	FLU	178	
153	Fs	Fagus sylvatica	Rotbuche	0,70	FLU	179	
154	Fs	Fagus sylvatica	Rotbuche	0,65	FLU	180	
155	Fs	Fagus sylvatica	Rotbuche	1,15	FLU	181	
156	Pt	Populus tremula	Zitterpappel	0,55	FLU	182	
157	Fe	Fraxinus excelsior	Gemeine Esche	0,70	FLU	183	
158	Aps	Acer pseudoplatanus	Spitzahorn	0,70	FLU	184	
159	Aps	Acer pseudoplatanus	Spitzahorn	1,70	FLU	185	
160	Aps	Acer pseudoplatanus	Spitzahorn	0,70	FLU	186	
161	Pt	Populus tremula	Zitterpappel	1,15	FLU	187	
162	Aps	Acer pseudoplatanus	Spitzahorn	1,05	FLU	188	
163	Aps	Acer pseudoplatanus	Spitzahorn	1,05	FLU	189	
164	Aps	Acer pseudoplatanus	Spitzahorn	1,05	FLU	190	
165	Aps	Acer pseudoplatanus	Spitzahorn	1,05	FLU	191	
166	Aps	Acer pseudoplatanus	Spitzahorn	1,05	FLU	192	
167	Aps	Acer pseudoplatanus	Spitzahorn	1,15	FLU	193	
168	Aps	Acer pseudoplatanus	Spitzahorn	1,95	FLU	199	
169	Aps	Acer pseudoplatanus	Spitzahorn	2,20	FLU	198	
170	Aps	Acer pseudoplatanus	Spitzahorn	1,45	FLU	197	
171	Aps	Acer pseudoplatanus	Spitzahorn	1,40	FLU	196	
172	Aps	Acer pseudoplatanus	Spitzahorn	1,45	FLU	195	
173	Aps	Acer pseudoplatanus	Spitzahorn	1,35	FLU	194	
174	Aps	Acer pseudoplatanus	Spitzahorn	1,75	FLU	200	
175	Aps	Acer pseudoplatanus	Spitzahorn	0,90	FLU	201	
176	To	Thuja occidentalis	Lebensbaum	0,90	FLU	202	
177	To	Thuja occidentalis	Lebensbaum	0,60	FLU	203	
178	To	Thuja occidentalis	Lebensbaum	0,60	FLU	204	
179	Po	Picea omorica	Serbische Fichte	0,70	FLU	205	
180	Po	Picea omorica	Serbische Fichte	0,70	FLU	206	
181	Po	Picea omorica	Serbische Fichte	0,70	FLU	207	
182	Sc	Salix caprea	Salweide	1,00	FLU	208	
183	Sc	Salix caprea	Salweide	1,00	FLU	210	
184	Aps	Acer pseudoplatanus	Spitzahorn	1,00	FLU	211	
185	Aps	Acer pseudoplatanus	Spitzahorn	1,10	FLU	214	
186	Aps	Acer pseudoplatanus	Spitzahorn	0,80	FLU	215	
187	Bp	Betula pendula	Hängebirke	0,50	FLU	217	
188	Bp	Betula pendula	Hängebirke	0,50	FLU	218	
189	Bp	Betula pendula	Hängebirke	0,50	FLU	219	
190	Bp	Betula pendula	Hängebirke	0,50	FLU	220	
191	Bp	Betula pendula	Hängebirke	0,50	FLU	221	
192	Bp	Betula pendula	Hängebirke	0,50	FLU	222	
193	Bp	Betula pendula	Hängebirke	0,50	FLU	224	
194	Bp	Betula pendula	Hängebirke	0,50	FLU	223	
195	Bp	Betula pendula	Hängebirke	0,50	FLU	225	
196	Bp	Betula pendula	Hängebirke	0,50	FLU	226	
197	Ag	Alnus glutinosa	Schwarzerle	0,65	FLU	701	
198	Pav	Prunus avium	Vogelkirsche	0,55	FLU	703	
199	Fe	Fraxinus excelsior	Gemeine Esche	<0,50	FLU	707	
200	Bp	Betula pendula	Hängebirke	1,70	FLU	714	
201	Aps	Acer pseudoplatanus	Spitzahorn	0,70	FLU	716	
202	Aps	Acer pseudoplatanus	Spitzahorn	2,35	FLU	717	
203	Bp	Betula pendula	Hängebirke	0,85	FLU	718	
204	Aps	Acer pseudoplatanus	Spitzahorn	0,85	FLU	719	
205	Sal	Salix alba	Silberweide	2,10	FLU	721	
206	Aps	Acer pseudoplatanus	Spitzahorn	0,65	FLU	722	
207	Aps	Acer pseudoplatanus	Spitzahorn	0,60	FLU	723	
208	Aps	Acer pseudoplatanus	Spitzahorn	<0,50	FLU	724	
209	Aps	Acer pseudoplatanus	Spitzahorn	0,80	FLU	725	

FLU Planungsgemeinschaft GbR, 31073 Delligsen
Umweltbericht zum Bebauungsplan DR/HO 67 "Porschestraße"

Anhang 1: Bestand der Einzelbäume im Plangebiet

Nr. in Karte	Art (abgek.)	Art (lat.)	Art (dt.)	Stamm- umfang [m]	Kartierer	Nr. Erfassung FLU	Nr. Baum- kataster HI
210	Aps	Acer pseudoplatanus	Spitzahorn	0,60	FLU	730	
211	Aps	Acer pseudoplatanus	Spitzahorn	<0,50	FLU	732	
212	Aps	Acer pseudoplatanus	Spitzahorn	0,85	FLU	733	
213	Qr	Quercus robur	Stieleiche	<0,50	FLU	734	
214	Aps	Acer pseudoplatanus	Spitzahorn	1,35	FLU	735	
215	Aps	Acer pseudoplatanus	Spitzahorn	1,35	FLU	737	
216	Pav	Prunus avium	Vogelkirsche	0,87	FLU	743	
217	Bp	Betula pendula	Hängebirke	0,65	FLU	781	
218	BP	Betula pendula	Hängebirke	0,65	FLU	782	
219	Bp	Betula pendula	Hängebirke	<0,50	FLU	783	
220	Bp	Betula pendula	Hängebirke	0,95	FLU	804	
221	Pav	Prunus avium	Vogelkirsche	>1,00	FLU	810	
222	Ps	Pinus sylvestris	Waldkiefer	0,60	FLU	902	
223	Ps	Pinus sylvestris	Waldkiefer	0,60	FLU	903	
224	Ps	Pinus sylvestris	Waldkiefer	0,60	FLU	904	
225	Ps	Pinus sylvestris	Waldkiefer	0,95	FLU	914	
226	Cb	Carpinus betulus	Hainbuche	0,65	FLU		
227	Cb	Carpinus betulus	Hainbuche	0,90	FLU		
228	Bp	Betula pendula	Hängebirke	0,90	FLU		
229	Bp	Betula pendula	Hängebirke	0,80	FLU	930	

Die Bäume mit roter Nummer stehen laut Landschaftsschutzsatzung der Stadt Hildesheim unter Schutz.

Anlage zur Begründung zum Bebauungsplan DR/HO 67 „Porschestraße“
Hildesheimer Liste (Auszug aus dem Einzelhandelskonzept)

Abb. 24: „Hildesheimer Liste“

zentrenrelevante Sortimente	nicht-zentrenrelevante Sortimente
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bekleidung (Damen, Herren, Kinder) ▪ Wäsche, Strümpfe, sonst. Bekleidung ▪ Schuhe ▪ Lederwaren, Kürschnerwaren (inkl. Pelze, Taschen, Koffer, Schulkranzen) ▪ Sportartikel, Sportbekleidung, Sportschuhe ▪ (inkl. Jagdausrüstung, Reit- und Angelausstattung, Waffen) ▪ Bücher ▪ Schreibwaren (Fachhandel, Supermärkte, Verbrauchermärkte) ▪ Spielwaren (inkl. Hobbybedarf, Basteln) ▪ Musikinstrumente ▪ Hausrat ▪ Glas/ Porzellan/ Keramik ▪ Geschenkartikel ▪ Foto, Film ▪ Optik ▪ Unterhaltungselektronik (Braune Ware: TV, Video, HiFi, Ton-, Datenträger) ▪ Elektroartikel (Elektrokleingeräte) ▪ Beleuchtung ▪ Computer, Telekommunikation ▪ Uhren und Schmuck ▪ Heimtextilien, Kurzwaren, Handarbeitsbedarf, Teppiche (Stapelware) ▪ Kunstgegenstände (inkl. Bilderrahmen) ▪ Sanitärwaren 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Möbel (inkl. Matratzen) ▪ Antiquitäten ▪ Großelektro (weiße Ware: Waschmaschinen etc.) ▪ Tapeten ▪ Bodenbeläge (inkl. Teppichrollen, Laminat) ▪ Farben, Lacke ▪ Baustoffe, Baumarktartikel, Installationsmaterial ▪ Campingartikel ▪ Sanitärwaren ▪ Werkzeuge, Eisenwaren ▪ Kfz-Zubehör ▪ Büromaschinen, Büroeinrichtung ▪ Zoobedarf (inkl. Tiere, Tiernahrung, Heimtierbedarf) ▪ Fahrräder (inkl. Zubehör) ▪ Gartenbedarf (inkl. Pflanzen, Pflanzengefäße) ▪ Babybedarf (Kinderwagen, Kindermöbel)
<p>davon sind differenziert zu betrachten: nahversorgungsrelevante Sortimente</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Lebensmittel (inkl. Getränke) ▪ Reformwaren ▪ Drogerieartikel/ Parfümerieartikel/ Friseurartikel ▪ Schnittblumen ▪ Zeitschriften/ Schreibwaren (Kiosksortiment) 	

Quelle: CIMA GmbH 2008